

Stenografischer Bericht

41. Sitzung des Landtages Steiermark

XV. Gesetzgebungsperiode – 17. Oktober 2008

I n h a l t :

1. Einl.Zahl 2467/1

Dringliche Anfrage von ÖVP-Abgeordneten an Landeshauptmann Mag. Franz Voves, betreffend Versagen in der Energiepolitik IV

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Mag. Drexler (6295).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Mag. Franz Voves (6299).

Wortmeldungen: LTAbg. Mag. Drexler (6302), Landesrat Ing. Wegscheider (6305), LTAbg.

Kaltenegger (6307), LTAbg. Petinger (6309), LTAbg. Lechner-Sonnek (6313), LTAbg. LTAbg. Dr.

Murgg (6319), Landeshauptmann Mag. Voves (6321), LTAbg. Kasic (6322), LTAbg. Kröpfl (6326),

LTAbg. Dipl.-Ing. Wöhry (6330), LTAbg. Schönleitner (6331), LTAbg. Mag. Drexler (6331),

Landeshauptmann Mag. Voves (6334), LTAbg. Kaltenegger (6335).

Beschlussfassung (6336).

2. Einl.Zahl 2468/1

Dringliche Anfrage der Grünen an Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, betreffend Abschaffung des Proporzsystems.

Begründung der Dringlichen Anfrage: LTAbg. Lechner-Sonnek (6337).

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Erster Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (6342).

Wortmeldung: LTAbg. Lechner-Sonnek (6345), LTAbg. Kröpfl (6348).

Beginn: 9.01 Uhr

Präsident: Hohes Haus! Meine Damen und Herren!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark statt. Es ist dies die 41. Sitzung in der laufenden XV. Gesetzgebungsperiode.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates, die heute nicht anwesend sind. Entschuldigt zu dieser Sitzung ist niemand.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 3 schriftliche Anfragen u.z. 2 Anfragen der KPÖ, 1 Anfrage der Grünen (*Hoher Lärmpegel*) gem. § 66 Abs. 1 GeoLT 2005 (*Meine Damen und Herren! Die Sitzung hat bereits begonnen, falls es Ihnen nicht aufgefallen ist. Ich bitte darum, dem Geschehen die ganze Aufmerksamkeit zuzuwenden.*) an folgende Regierungsmitglieder eingebracht wurden: LHStv. Dr. Flecker – 2 Anfragen und LR Mag. Hirt – 1 Anfrage

Weiters wurden 7 Anfragebeantwortungen gem. § 66 Abs. 3 GeoLT 2005 seitens folgender Regierungsmitglieder eingebracht u.z. jeweils von LR Dr. Buchmann – 1 Anfragebeantwortung; LHStv. Dr. Flecker – 1 Anfragebeantwortung; LHStv. Schützenhöfer – 1 Anfragebeantwortung; LH Mag. Voves – 1 Anfragebeantwortung sowie LR Dr. Vollath – 3 Anfragebeantwortungen.

Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten Mag. Christopher Drexler, Johann Bacher, Walburga Beutl, Erwin Dirnberger, Bernhard Ederer, Dipl.-Ing. Heinz Gach, Anton Gangl, Erwin Gruber, Eduard Hamedl, Gregor Hammerl, Manfred Kainz, Wolfgang Kasic, Karl Lackner, Elisabeth Leitner, Franz Majcen, Ing. Josef Ober, Franz Riebenbauer, Peter Rieser, DDr. Gerald Schöpfer, Josef Straßberger, Peter Tschernko, Anne Marie Wicher und Dipl.-Ing. Odo Wöhry haben am 15. Oktober 2008 beantragt, eine außerordentliche Sitzung des Landtages Steiermark einzuberufen.

Gem. § 13 Abs. 5 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 in Verbindung mit § 40 Abs. 6 GeoLT 2005 ist der Präsident verpflichtet, den Landtag binnen 5 Tagen zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, wenn dies wenigstens ein Fünftel der Mitglieder verlangt.

Dieser Antrag entspricht den Bestimmungen der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages Steiermark. Aus diesem Grunde habe ich daher die heutige Sitzung einberufen.

Für diesen Sonderlandtag wurde von den Abgeordneten der ÖVP am Donnerstag, dem 16. Oktober 2008 um 13.04 Uhr, eine

Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves betreffend Versagen in der Energiepolitik IV eingebracht.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß § 68 GeoLT 2005 erforderliche Unterstützung.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gem. § 68 Abs. 1 GeoLT 2005 die Wechselrede statt.

Ich erteile Herrn Klubobmann Mag. Christopher Drexler das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt.

LTAbg. Mag. Drexler (9.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf eine Vorausbemerkung machen: Es geht nicht um den Streit in der Politik und es geht auch nicht um kleinliche Querelen, wie einer Begründung einer anderen Dringlichen Anfrage zu entnehmen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Einschätzung wäre eine Geringschätzung der Probleme, die wir in diesem Land haben. Und es ist nun einmal so, dass seit Amtsantritt des derzeit amtierenden Landeshauptmannes Mag. Franz Voves wir einer Belastungswelle bei den Energiepreisen in der Steiermark ausgesetzt sind, die die Steirerinnen und Steirer noch nicht erlebt haben. Und wer dieses Problem geringschätzt, wer sagt, das sind kleinlicher Streit und Querelen, der hat nicht verstanden, welche Nöte die Steirerinnen und Steirer in diesem Land drücken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es ist nun einmal so, dass wir seit 2005 eine Entwicklung haben, die uns immer wieder hier im Landtag beschäftigen wird und auch beschäftigen muss, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben 3 Voves-Strompreiserhöhungen gehabt, insgesamt circa 18 %. Nun steht eine Gaspreiserhöhung von scheinbar 25,7 % ins Haus. Sie wissen alle, wie man auf 25,7 % kommt. Indem man die unveränderten Leitungskosten und steuerlichen Anteile in den Gesamtpreis mit einberechnet, wenn es um den bloßen Gaspreis geht, und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, plant das landeseigene Versorgungsunternehmen unter Zustimmung und Abnickung des Landeshauptmanns eine Erhöhung von 49 % bei den Preisen, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(LTAbg. Kasic: „Wahnsinn!“)* Und da darf man nicht still sein. Denn, wissen Sie, wenn man alle von Landeshauptmann Voves zu verantwortenden Preiserhöhungen einschließlich der geplanten Gaspreiserhöhung zusammenrechnet und sich überlegt, was das einem durchschnittlichen Haushalt pro Jahr kostet, wissen Sie, was herauskommt? 500 Euro, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da darf ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen, der Schmach, den Sie uns da bei jeder Gelegenheit präsentieren: Zuerst erhöhen wir, da kann man leider nichts machen –, und nachher lassen wir uns in Aufgeregtheit und in plötzlicher Hektik und in besonderem Bemühen um die Kundinnen und Kunden irgendeinen kleinen Bonus einfallen. Ja meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf die Aufregung des Landeshauptmannes auch gleich wieder ein bisschen herunterholen. Ja selbstverständlich werden wir Ihrem Bonus zustimmen, ist ja kein Thema. Aber ich betone, dieser Bonus ist der falsche und nicht ausreichende Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)* Wir bewegen uns im Eilzugstempo von sozialverträglichen Tarifen weg und Sie machen immer das eine und das andere kleinere „Schrittler“ um dort wieder entgegenzukommen. Das ist zu wenig, Herr Landeshauptmann! Nehmen Sie endlich Ihre Verantwortung wahr, sitzen Sie nicht herum und geben Sie nach der Preiserhöhung gescheite Kommentare ab, sondern verhindern Sie im Vorfeld

diese Belastungslawine für die Steirerinnen und Steirer. (*Beifall bei der ÖVP*) Und wissen Sie, es ist ja sehr lustig. Bei der Preiserhöhung hat der Landeshauptmann regelmäßig nichts damit zu tun. Wenn ein Preis sinkt, nachzulesen in der Kronen Zeitung vom 16. Mai 2007, heißt es dann: Politisch freut sich Landeshauptmann Franz Voves, der in seiner Funktion als Beteiligungsreferent versichert, dass an Endkunden weitergegeben werde, was man beim Einkauf von günstigeren Konditionen erzielt. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man sich politisch freut über die Preissenkungen, muss man auch Manns genug sein, für die Preiserhöhungen einzustehen. Denn es wäre zu billig, hier einfach sozusagen eine Kindesweglegung zu betreiben. Und lassen Sie mich noch zwei, drei Sätze sagen zur Begründung sagen: Diese angekündigte Preiserhöhung hat schon so etwas wie eine gewisse politische Niederträchtigkeit in sich getragen. Da stellt sich die vereinigte Sozialdemokratie in dieser Republik her und führt einen Nationalratswahlkampf, der einzig und allein vom Thema Teuerungsbekämpfung getragen ist. Alle sagen: Furchtbar, da muss was geschehen. So, wo sind Ihre Teuerungsfighter, Herr Landeshauptmann? 14 Tage nach der Nationalratswahl und im Windschatten anderer Schlagzeilen, die die Republik bewegt haben, haben Sie geglaubt, man kann so eine Gaspreiserhöhung 14 Tage nach der Nationalratswahl und im Windschatten anderer Schlagzeilen, die die Republik bewegt haben, haben Sie geglaubt, man kann so eine Gaspreiserhöhung von 49 % mir nichts dir nichts den Steirerinnen und Steirern unterschieben und kein Mensch wird sich mehr daran erinnern, dass Sie 14 Tage vorher noch die Spitze im Kampf gegen die Teuerung in dieser Republik waren. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist ein Maß an politischer Verantwortungslosigkeit, das wir uns mit Sicherheit nicht in Zukunft gefallen lassen werden. (*Beifall bei der ÖVP*)

Und dann sagen Sie ja immer so schön, das sind die Märkte, das kommt von draußen rein. Der Herr Putin ist schuld, oder sonst irgendwer, für die Preise der Gas-Wärme in der Steiermark. Es ist aber schon bemerkenswert, wenn dann etwa E-Control, Herr Polz, angesichts dieser Preiserhöhung feststellt: Die aktuellen Gaspreiserhöhungen sind so gesehen nur zum Teil gerechtfertigt, diese Preiserhöhung übersteigt jedenfalls das Notwendige. Ja meine sehr verehrten Damen und Herren! Also wie ist das jetzt? Sind das jetzt die internationalen Märkte, hat der Herr Putin bei der Gas-Wärme interveniert, oder wie kommt dann eine überhöhte Preiserhöhung hier in der Energie Steiermark zustande? Ganz abgesehen davon, dass wir seit den Untersuchungsausschuss-Tagen nach den großen Synergien suchen, die die Beteiligung des Minderheitseigentümers in der Energie Steiermark angeblich zu Tage fördern soll. Im Übrigen ja ein Minderheitseigentümer, werde ich vielleicht zu späterer Stunde noch darauf zurückkommen, den Sie ja über alle Maßen schätzen und loben für sein segensreiches Wirken in der Steiermark. Also insofern wäre es ja vielleicht einmal ganz eine nette Angelegenheit, wenn man hier auch wirklich Druck machen würde. Nicht nur, dass die Preiserhöhung im Windschatten der Nationalratswahl und im Schlagschatten anderer Schlagzeilen versteckt worden ist. Nein, man hat es auch noch „recht elegant“ gemacht, ohne zuvor den am 1. Juli in diesem Haus

beschlossenen Landesenergietarifbeirat zu konstituieren. Denn, wenn am 1. Juli hier ein Gesetz beschlossen wird, das am 30. August in Kraft getreten ist und Sie agieren nach dem Motto Tatenlosigkeit, (*LR Ing. Wegscheider: „Na bitte, das ist ja wohl ...“ weiterer Zwischenruf unverständlich*) – Tatenlosigkeit Herr Landesrat Wegscheider – weil Sie werden mir ja wohl nicht weismachen wollen, dass, wenn wir am Mittwoch diesen Energiebeirat urgieren und Sie gestern plötzlich ein Schreiben zustellen, das besonders dringend ist und jetzt sollen wir die Mitglieder des Energiebeirates nominieren. Ja bitteschön, Herr Landesrat, also, herzlichen Glückwunsch auch zu dieser Entlastungsoffensive, kann ich nur sagen. (*LR Ing. Wegscheider: „Das geht daneben.“*) Guten Morgen, zwischen 30. August und 16. Oktober sind dann doch, ist dann doch der eine oder andere Tag ins Land gezogen, und eine Konstituierung eines Energiebeirates, also bitteschön, den hätte man in diesem Zeitraum zustande bringen können, Herr Landesrat. (*LR Ing. Wegscheider: „Sehr schwer. Sie vielleicht.“*) Ja, ich mit Sicherheit. Sie offensichtlich nicht. Also wenn das Ihr Arbeitstempo ist und Sie das auch noch verteidigen, na dann „Gute Nacht Steiermark“. (*LR Ing. Wegscheider: „Das haben wir eh 60 Jahre gehabt – und Gute Nacht.“*) Das kann ich Ihnen in aller Deutlichkeit sagen. Zuerst „Guten Morgen“ und dann „Gute Nacht“, wenn Sie das auch noch zu verteidigen suchen. Wissen Sie, warum das mit diesem Energiebeirat so bemerkenswert ist? Weil wir den ja gerade deswegen am 1. Juli, im Übrigen einstimmig, beschlossen haben. Weil was sind denn die Aufgaben des Energiebeirates – unter anderem?

Zweitens: Abgabe von Stellungnahmen an die Landesregierung, insbesondere

- a) vor beabsichtigter Änderung der Endverbraucher-Tarife eines Landesenergieversorgers, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht, so ferne der Beirat dies für notwendig erachtet;
- b) vor jeder beabsichtigten Veränderung in der Eigentümerstruktur eines Landesenergieversorgers;
- c) bei der Erstellung oder Überarbeitung des Landesenergieplanes.

Und drittens Überprüfung der Umsetzung der in Ziffer 1 genannten Empfehlungen.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was soll man denn da für einen Eindruck bekommen Herr Landeshauptmann? Was soll ich denn da für einen Eindruck bekommen? Wenn wir am 1. Juli ein Gesetz beschließen, wo ein solcher Beirat beschlossen wird, der wird dann aufgrund des Arbeitstempos Ihres Regierungskollegen nicht konstituiert und Sie sagen: Ui, ich bin ganz überrascht, der Gaspreis steigt um 25, in Wahrheit 4 %. Ja, bitteschön, da braucht man kein besonders böser Mensch zu sein, dass man den nahe liegenden Gedanken aufgreift, nämlich dass man bewusst diese unmoralisch hohe Gaspreiserhöhung an diesem Landesenergietarifbeirat vorbeischwindeln wollte, am sichersten dadurch dass man ihn gleich gar nicht konstituiert. (*Beifall bei der ÖVP*) Und aus all diesen Gründen darf ich folgende Dringliche Anfrage einbringen und dann werden wir in die Wechselrede einsteigen, nachdem der Herr Landeshauptmann, wie ich hoffe, erhellende Antworten gegeben hat.

1. Wann haben Sie von der geplanten Gaspreiserhöhung durch die Steirische Gas-Wärme in der Höhe von 25,7 % das erste Mal erfahren und wer hat Sie darüber informiert?
2. Wann haben Sie von der geplanten Preiserhöhung bei der Fernwärme um 12 % das erste Mal erfahren und wer hat Sie darüber informiert?
3. Haben Sie in der Folge Initiativen ergriffen, um diese Erhöhungen abzuwenden und wenn ja, welche?
4. Warum wurde der Energietarifbeirat noch nicht konstituiert, obwohl das Steiermärkische Energietarifbeiratsgesetz schon am 30.8. in Kraft getreten ist?
5. In Ihrem Antrag für die Landesvoranschläge 2009/2010 haben Sie jeweils lediglich 24,3 Millionen für Dividenden vorgesehen. Warum rechnen Sie trotz wesentlich erhöhter Energiepreise mit einer sinkenden Dividende der Energie Steiermark AG.?
6. Wann werden Sie dem Landtagsbeschluss Nr. 1008 vom 22.4.2008 nachkommen und den Landtag über die Umsetzung des Landtagsbeschlusses Nr. 910 vom 15.1.2008, wonach es zu keinen weiteren Strompreiserhöhungen bis 2010 kommen darf, informieren?
7. Wie beurteilen Sie die Tatsache, dass der Vorstandsdirektor der Energie Steiermark AG in einer gemeinsam mit Ihnen durchgeführten Pressekonferenz seinen Kunden den Wechsel zu einem anderen Energieversorger empfiehlt?
8. Wie viele Haushaltskunden hat die Steweag/Steg GmbH in den Jahren 2007 und 2008 bereits an andere Energieversorgungsunternehmen verloren?
9. Was bedeutet dieser laufende Kundenverlust für die Ertragslage des Unternehmens?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden heute eine ausführliche Diskussion über diese und andere Fragen zu führen haben. Aber ich möchte abschließend noch einmal eines feststellen: Hier geht es um dringende Sorgen der steirischen Bevölkerung. Dies ist der Landtag, hier sollen solche Sorgen verhandelt werden. Und wenn andere Politik primär als Rückzug in die Beschaulichkeit und Gemütlichkeit interpretieren, ist das deren Sache. Wir für unseren Teil werden derartige Probleme mit Sicherheit hier im Landtag immer wieder zum Thema machen. Nicht aus pathologischer Streitsucht, nein, meine Damen und Herren, aus Verantwortung für die Menschen in diesem Land und aufgrund unseres Bemühens um eine verantwortungsvolle und gute Politik für dieses Land. Herzlichen Dank.
(Beifall bei der ÖVP – 9.20 Uhr)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich erteile Herrn Landeshauptmann Mag. Franz Voves das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.
Bitte, Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Mag. Voves (9.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Vorweg erlaube ich mir einige Vorbemerkungen zum machen. Wohin die völlige Liberalisierung der Märkte führt, ist in den letzten Tagen und Wochen offensichtlich geworden. Wir stehen vor einer Rezession und der Staat ist wieder gefragt, selbst von den größten Verfechtern des Neoliberalismus. Aber die Umkehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, und das muss uns allen bewusst sein, wird nicht von heute auf morgen erfolgen können. Die steirische und österreichische Sozialdemokratie hat sich immer gegen die Liberalisierung, insbesondere der Bereiche der Daseinsvorsorge – und dazu gehört auch der Bereich Energie – ausgesprochen. Wie ich schon in der Beantwortung zur Dringlichen Anfrage am 22. April dieses Jahres erklärt habe, kann aufgrund der nunmehrigen Eigentümerkonstellation, die 1998 von der steirischen Politik fixiert wurde, weder der Landeshauptmann noch die Landesregierung und auch nicht der Landtag einseitig Preise in landesnahen Unternehmungen festlegen. Die Tarifgestaltung erfolgt ausschließlich auf Basis der Marktgegebenheiten. An dieser Stelle möchte ich nochmals vor Augen führen, welcher Möglichkeiten die Energie Steiermark durch den 2001 erfolgten Verkauf der Wasserkraftwerke und thermischen Kraftwerke im Bereich der Preispolitik beraubt wurde: Der Verbund, an den diese Kraftwerke verkauft wurden, produziert Strom zu Kosten von 25 bis 30 Euro pro Megawattstunde und verkauft ihn an seine Endkunden um rund 60 Euro pro Megawattstunden und an den Wiederverkäufer Energie Steiermark aber sogar um rund 70 Euro pro Megawattstunde. Ich darf zum wiederholten Male daher festhalten, unter dem Einstandspreisen zu verkaufen, das wollen und fordern Sie permanent, bedeutet auf Dauer den Ruin des Unternehmens. Aber das scheinen Sie offensichtlich mit Ihren wiederholten Forderungen nach massiven Senkungen des Strom- und Gaspreises auch zu wollen. Wahrscheinlich weil Sie, sehr geehrte Damen und Herren der ÖVP, gerne einen neuerlichen ESTAG-Skandal hätten, aber den wird es nicht geben, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Daher sage ich nochmals an dieser Stelle, wir können die Kunden nur über die dem Land zustehenden Dividenden entlasten. Und daher wird die Sozialdemokratische ... *(LTAbg. Mag. Drexler: „Jetzt, wie ist die Ertragslage? Sagen Sie es, Herr Landeshauptmann.“)* *(Heiterkeit bei den Abgeordneten der ÖVP)* Ich komme dann schon noch auf einige Fragen, wo Sie dann wirklich sehr aufmerksam sein sollten. Und daher wird die Sozialdemokratische Fraktion im Landtag auch vorschlagen, dass Haushaltskunden der steirischen Gas-Wärme GmbH bis zu einem Verbrauch von maximal 20.000 Kilowattstunden vom Land Steiermark eine Rückvergütung der Gaspreiserhöhung erhalten. Diese soll über das Unternehmen administriert werden. Die dazu notwendigen Mittel sind noch beim Budgetansatz Strombonus Neu, der aus einer zusätzlichen Dividende der Energie Steiermark finanziert wurde, vorhanden. Auch ich bin der Meinung, sehr geehrter Herr Klubobmann, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen brauchen jetzt, gerade jetzt, ein Zeichen, dass die Politik hilft. *(Beifall bei der SPÖ)* *(Starke Unruhe bei den Abgeordneten der ÖVP verbunden mit unverständlichen*

Zwischenrufen) Geben wir Gewinne zurück an jene Kunden, die diese Unterstützung jetzt brauchen. Die Ereignisse der letzten Wochen und Tage zeigen aber auch, meine sehr verehrten Damen und Herren der ÖVP, dass wir auch neue Formen der Unternehmensführung brauchen. (*LTabg. Gangl: „Genau.“*) Mit den neuen Vorständen der Energie Steiermark wird es keine variablen Gehaltsbestandteile mehr geben, sondern nur mehr fixe Gehälter. Wir wollen damit ... (*Gleichzeitige, unverständliche Zwischenrufe von Abgeordneten der ÖVP*) ... Zuhören! Wir wollen damit ein Management, dass nicht primär auf Gewinnmaximierung und Kostensenkungen auf den Rücken der Mitarbeiterin und Mitarbeiter ausgerichtet ist, sondern Nachhaltigkeit und langfristige Versorgungssicherheit zu leistbaren Preisen müssen im Mittelpunkt des Interesses stehen. (*Beifall bei der SPÖ*) Fragen Sie sich bitte, wer die jetzt noch amtierenden Vorstände mit diesen Gehaltsbedingungen in Funktion gebracht hat. Auch möchte ich, dass der Aufsichtsrat in Zukunft über die Tarifgestaltung informiert wird und diese nicht ausschließlich im Zuständigkeitsbereich des Vorstandes liegt. Eine diesbezügliche Initiative zur Änderung der Geschäftsordnung wurde vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates DDr. Peter Schachner-Blazizek bereits gesetzt. (*LTabg. Mag. Drexler: „Das ist ein Gesetz!“*) Er hat vorgeschlagen, dass der Aufsichtsrat vom Vorstand im Zuge der Budgetgenehmigungen in der Frage der Tariffestsetzung informiert wird. Trotz der grundsätzlichen Zustimmung des Vertreters der französischen Partner im Aufsichtsrat zu diesem Minimalvorschlag wurde er, sehr geehrte Damen und Herren von der ÖVP, von den Vertretern der ÖVP im Aufsichtsrat, mit der Begründung abgelehnt, dass die Tarifgestaltung eine reine operative Aufgabe des Vorstandes sei. (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) (*LTabg. Straßberger: „Das sind Schulden! Das ist ja unmöglich.“*) Dafür hier eine Änderung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates ... (*LHStv. Schützenhöfer: „Na selbstverständlich, dafür gibt es den Aufsichtsrat!“*) – ja danke für diese Bestätigung. (*LHStv. Schützenhöfer: „Das ist ein Wahnsinn.“*) Da für eine Änderung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates die Zustimmung aller Kapitalvertreter erforderlich ist, konnte diese Minimalvariante nicht umgesetzt werden.

Und wieder einmal spielen Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, ein doppelbödiges Spiel: Einerseits fordern Sie die Einflussnahme der Politik auf die Preisgestaltung und andererseits bestehen Sie darauf, dass die Tarifgestaltung ausschließlich dem Management vorbehalten bleibt. Ich komme daher zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Ad 1, 2 und 3 beantworte ich wie folgt: Dass es zu Erhöhungen kommen wird, war aufgrund der gestiegenen Einstandspreise absehbar. Nicht nur die steirische Gas-Wärme-GmbH, sondern auch die Energiegesellschaften in den Bundesländern Wien, Niederösterreich und Oberösterreich haben bzw. werden die Gaspreise erhöhen. Ich möchte hier aber auch festhalten, dass die steirische Gas-Wärme-GmbH als eine der wenigen Anbieter, wie Sie es schon zitiert haben, im Juli 2007 den Gaspreis um 7 % gesenkt hat. Trotz der nunmehr erfolgten Erhöhung wird die steirische Gas-Wärme-GmbH der billigste Anbieter unter den Großanbietern bleiben. Mit der Unternehmenssatzung 2004, die unter

Federführung der steirischen ÖVP umgesetzt wurde, wurde die Tarifpolitik ausschließlich auf die Vorstandsebene delegiert. Wie schon mehrfach dargelegt, ist ein direkter Eingriff nicht möglich. Die Politik kann nur über die dem Land zustehenden Dividenden einen Ausgleich schaffen. Vom Unternehmen selbst wurde allerdings auch ein Sozial- und Familienbonus eingeführt.

Ad 4: Der Tarifbeirat wird bei der Abteilung 17, Technik, Erneuerbare Energie und Sachverständigendienst, angesiedelt, die Erarbeitung einer Geschäftsordnung erfolgt derzeit und die im Beirat vertretenen Organisationen wurden bereits zur Nominierung von Beiratsmitgliedern aufgefordert. Erst nach Eintreffen der Nominierungen kann der Beirat durch die Landesregierung bestellt werden und eine Konstituierung erfolgen.

Zur Frage 5: Die im Budget 2008 veranschlagten 24,3 Millionen Euro Dividendenerträge der Energie Steiermark wurden im Budgetentwurf vom Landesfinanzreferenten für die Jahre 2009 und 2010 fortgeschrieben. Mit Schreiben vom 2.10.2008, das an das Büro des Herrn Landesfinanzreferenten und auch an die Fachabteilung 4A weitergeleitet wurde, wurde vom Aufsichtsratsvorsitzenden Dr. Schachner-Blazizek zu den Dividendenausschüttungen der Energie Steiermark für die Jahre 2009 und 2010 mitgeteilt, dass nach einem Orientierungsgespräch mit den Miteigentümerversprechern für das Jahr 2008 eine Ausschüttung in Höhe von ca. 30 Millionen Euro zu erwarten ist. Aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und des sonstigen Umfeldes ist allerdings eine gesicherte Prognose des ausschüttungsfähigen Gewinnes für 2009, Dividendenausschüttung dann 2010, schwer abschätzbar und beruht daher auf teils ungesicherten Annahmen. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Ergebnisse des Unternehmens reduzieren, sodass der für das Land Steiermark zur Ausschüttung gelangende Anteil unter der Voraussetzung einer gleichbleibenden Dividendenpolitik der Miteigentümer bei einer Größenordnung von 20 Millionen Euro liegen könnte. Von Dr. Schachner wurde in seiner Verantwortung als Vorsitzender des Aufsichtsrates aber auch darauf hingewiesen, dass Dividendenausschüttungen grundsätzlich nur dann zu erwarten sind, wenn nicht die sogenannten Impairment-Tests, das sind verpflichtende Tests zur Werthaltigkeit im Rahmen der internationalen Bilanzierungsvorschriften, der verschiedenen Unternehmungen, die Notwendigkeit einer Abwertung ergeben. Insbesondere im Bereich der Steweag/Steg GmbH, der mit Abstand größten Beteiligung, wird die Überprüfung der Werthaltigkeit sehr wesentlich Thema bereits für die Bilanz 2008 sein. Wenn es zu einer Abwertung dieser Beteiligung kommt, würde die Ausschüttung hinfällig sein. Das Gleiche gilt selbstverständlich für die Folgejahre, wenn die Werthaltigkeit von wesentlichen Beteiligungen nicht gewährleistet ist und daher Abwertungsnotwendigkeiten bestünden. Schließlich hat er noch darauf verwiesen, dass ab August 2009 2 neue Vorstandsmitglieder das Unternehmen führen und nach außen vertreten werden und auch deren Vorstellungen über Bilanz und Ausschüttungspolitik nicht vorweg determiniert werden kann.

Zur Frage 6: Ich habe Ihnen bereits mehrfach mitgeteilt, dass dieser Beschluss nicht zuletzt aufgrund Ihrer verfehlten Energiepolitik in der Vergangenheit nicht umsetzbar ist.

Zur Frage 7: Vorstandsdirektor Dr. Franz Kailbauer hat den Kunden der Energie-Steiermark keineswegs einen Wechsel zu einem anderen Energieversorger empfohlen, sondern er hat nur die Möglichkeit für den Kunden angesprochen. Jenen aber, die mit einem Bus quer durch die Steiermark touren und den Wechsel des Energieanbieters schmackhaft machen, kann ich zu ihrem weiß-grünen Weg nur gratulieren.

Zur Frage 8: Im Zeitraum 2007 bis September 2008 hat die Steweag/Steg GmbH rund 12.000 Kunden verloren, allerdings auch rund 6000 Neukunden dazu gewonnen. Der Marktanteil für den Steweag/Steg GmbH relevanten Netzbereich beträgt rund 94 %.

Zur Frage 9: Der Verlust jedes einzelnen Kunden ist bedauerlich, aber unter dem Einstandspreis zu verkaufen, ist mit Sicherheit keine vernünftige Alternative. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.
(Beifall bei der SPÖ – 9.33 Uhr)

Präsident: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann für die Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage.

Ich eröffne nunmehr die **Wechselrede** zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf § 68 Abs. 5 iVm § 57 GeoLT 2005 hin, wonach die **Regierungsmitglieder** sowie die **HauptrednerInnen** nicht länger als **20 Minuten** und die **DebattenrednerInnen** nicht länger als **10 Minuten** sprechen dürfen.

Als erstes zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Mag. Drexler. (LTAbg. Kröpfl: „Jetzt gibt es wieder ein Taferl. Kennen wir ja schon, die Taferln.“)

LTAbg. Mag. Drexler (9.33 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist schon immer wieder interessant, mit welcher Nonchalance der derzeit amtierende Landeshauptmann, ich bin ja langsam geneigt zu sagen, der derzeit noch amtierende Landeshauptmann, diese dringenden und drängenden Anliegen der Steirerinnen und Steirer abtut. Und wissen Sie, Herr Landeshauptmann, eine wichtige Frage: Die von Ihnen beschriebene, trefflich beschriebene Liberalisierung der Märkte, die dem Neoliberalismus entsprungen ist, die Liberalisierung der Strommärkte, die Eigentümerstruktur in der Energie Steiermark, Ihr grundsätzliches Feststellen, man kann da halt nichts machen. Ja, bitteschön, wann ist denn das eingeführt worden? In der Welt, Europa und der Steiermark? (LR Ing. Wegscheider: „2001.“) Am 2. Oktober 2005? Ist das am 2. Oktober 2005 eingeführt worden, dass alles liberalisiert ist, meine sehr verehrten Damen und Herren? Herr Landeshauptmann, Sie können sich gut erinnern, Sie können sich gut erinnern. (LR Ing. Wegscheider: „Weil ihr die Anteile verkauft habt.“) Sie haben per Inserat Ihre Vorgängerin im Amte bei jeder Gelegenheit aufgefordert, in die Strompreise einzugreifen. In dem damals offensichtlich noch nicht liberalisierten Strommarkt, wenn ich Ihrer Logik folge (Beifall ÖVP) (LTAbg. Kröpfl: „Weil ihr das ‚verscherbelt‘ habt’s.“) Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, Franz Voves ist noch weiter

gegangen. Er hat den Steirerinnen und Steirern neben einer Unzahl weiterer Segnungen – für den Fall, dass er dereinst Landeshauptmann in diesem Land ist – versprochen, dass die Strom- und Energiepreise sinken werden, wenn er Landeshauptmann ist. (*LTA*bg. Kröpfl: „*Wo steht das?*“) Sie pulverisieren Ihr eigenes Wahlversprechen am laufenden Band, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir helfen Ihnen ja eigentlich nur. (*LTA*bg. Kröpfl: „*Hast jetzt ein Taferl?*“) (*Beifall bei der ÖVP*) Wir helfen Ihnen ja eh bei jeder Gelegenheit, Herr Landeshauptmann. Heute stellen Sie sich da her und erklären als Wohltat für die Zukunft, dass das künftige Management der Energie Steiermark Fixgehälter bekommt, weil dann werden sie nicht mehr den Verlockungen der Profitgier erliegen, wenn ich diese Argumentation richtig verstanden habe.

Herr Landeshauptmann, vor der Landtagswahl haben Sie überhaupt gesagt: Deckeln alles auf Landeshauptmanngehalt. Deckeln! Naja, da haben Sie die Rechnung ohne den Hirt gemacht, nicht ohne den Wirt. Weil in der Steiermärkischen Krankenanstalten GmbH hat man einmal zur Sicherheit versucht, das relativ weit zu interpretieren, die Deckelung mit dem Landeshauptmanngehalt. Und erst unserer Initiative hier im Landtag ist es zu verdanken, dass hier die Vernunft eingezogen ist, dass die Notbremse gezogen wurde, nachdem Sie im Landtag noch dagegen gestimmt haben und nun haben wir am Dienstag einstimmig im zuständigen Verfassungsausschuss ein Gesetz beschlossen, das Steiermärkische Stellenbesetzungsgesetz 2009, wo wir Ihnen ermöglichen, Ihr Wahlversprechen einzuhalten. Wir helfen ja ohnedies bei jeder Gelegenheit. Wir ermöglichen Ihnen, Wahlversprechen einzuhalten. Warum sind Sie gerade in der Frage der Energiepreise so stur und vor allem, warum kratzen Sie sich immer so verkehrt herum? Warum tun Sie vorher die Preise erhöhen und unternehmen nichts dagegen, dass die Preise erhöht werden und nachher kommen Sie her und sagen Sie: Naja, da müssen wir jetzt aha, das Land muss jetzt im Einvernehmen mit dem Unternehmen einen gewissen Teil der Preiserhöhungen wieder zurückgeben. Also ein besonders direkter und klarer Weg ist das – bei allem Verständnis – wohl nicht. Dass Sie dann noch dazu hergehen, also dass Sie sich dafür hergeben, Herr Landeshauptmann, das verwundert mich eigentlich, dass Sie sogar noch die Säumnis bei diesem Landesenergietarifbeirat hier damit argumentieren, dass eine Geschäftsordnung ausgearbeitet werden muss, dass Sie sagen: Naja, da sind die Mitglieder noch nicht nominiert. Ja bitteschön, gestern haben wir den Brief gekriegt, gestern! Nachdem wir am Mittwoch das zuständige Regierungsmitglied überhaupt erinnert haben – wahrscheinlich daran, dass es das noch gibt, dieses Gesetz, das wir erst am 1. Juli beschlossen haben. Und da geht der Landeshauptmann her und tut diese Vorgangsweise noch verteidigen. Mitnichten! Sie wollten diese entscheidende Gaspreiserhöhung am Energiebeirat vorbeischwindeln! Das ist die Wahrheit! (*Beifall bei der ÖVP*)

Dann erklären Sie uns immer, Sie haben dort überhaupt nichts zu tun mit dem ganzen Unternehmen. Also Sie wissen gerade, dass es das gibt. Und das macht alles das böse Management und jetzt sind sogar dem Aufsichtsratsvorsitzenden offensichtlich die Hände gebunden, weil da die Geschäftsordnung ... Ja, bitteschön, ich meine, das glaube ich schon, dass der Herr

Universitätsprofessor DDr. Schachner-Blazizek, Landeshauptmannstellvertreter außer Dienst, ganz gerne der eigentliche Obergeneraldirektor wäre. Also in einer Vermischung von Kontrolle, operativem Geschäft, vielleicht könnte er den Landeshauptmann gleich auch noch dazu machen. Im Hintergrund macht er es vielleicht ohnedies da und dort. Also bitteschön, dass er natürlich der Obergeneraldirektor überhaupt sämtlicher landeseigenen Unternehmen wahrscheinlich am liebsten wäre – und bestens geeignet wäre, seiner eigenen Meinung zufolge – ist völlig außer Streit. Aber dass Sie sagen, Sie haben damit gar nichts zu tun, können dort nichts machen. Dann müssen Sie sich jetzt auch noch einmal eine klare Linie überlegen, nachdem zu Recht in den Medien dieses trügerische Angebot dieses Kundenbindungsprogramms, die 2-jährige Preisgarantie, Spekulation auf steigende Preise – jetzt haben wir gerade erst überall gehört, man soll nicht so viel spekulieren – Sie verleiten die Kunden auf steigende Preise zu spekulieren, weil sinkende Preise bei dem Angebot nicht hätten weitergegeben werden sollen. Da sagen Sie heute, jawohl, das haben wir jetzt verhindert. Ja, wie haben Sie das verhindert? Ist das durch eine günstige Lage der Gestirne eingetreten, oder haben Sie dort angerufen oder dort hingeschrieben oder ich weiß nicht was gemacht? Also was ist jetzt, können Sie Einfluss nehmen auf das Unternehmen, oder können Sie nicht Einfluss nehmen auf das Unternehmen? Diese Frage hätte ich ganz gerne einmal beantwortet.

Und es ist ja sehr schön, wenn man dann gelegentlich draufkommt, was die Dinge sind, die Sie in der Energiepolitik tatsächlich interessieren, Herr Landeshauptmann. Bei einem Firmenbuch kann man sich ein Protokoll einer Hauptversammlung herausholen – bekanntlich. Darf ich Ihnen einmal vorlesen, womit sich Landeshauptmann Mag. Franz Voves in der Hauptversammlung der Energie Steiermark AG tatsächlich beschäftigt? Zitat: „Ich beabsichtige daher, zu den Aufsichtsratsvergütungen für die nächste Periode an den französischen Partner heranzutreten und eine Anpassung an die Größe und Bedeutung des Unternehmens vorzunehmen. Das möchte ich mit dem Dankeschön durchaus in Verbindung bringen.“ Also offensichtlich ein entscheidendes Thema ist es, die Aufsichtsratsgagen und die Gagen des Aufsichtsratsvorsitzenden zu erhöhen, meine sehr verehrten Damen und Herren, und nicht sich um die Preise in diesem Land zu kümmern. (*LTA*bg. *Kasic*: „Das ist eine Politik!“) Das halte ich ehrlich gesagt schon für ein starkes Stück, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das halte ich schon für ein starkes Stück! Und ich halte es eigentlich für ein mindestens ebenso starkes Stück, dass nicht wirklich auf die Fragen eingegangen wird, dass ich hier keine Initiative höre, wie können wir die Preisstruktur in den nächsten Jahren hier in der Steiermark so gestalten, dass die Steirerinnen und Steirer nicht die nächsten Anschläge auf ihr Geldbörstel befürchten müssen. (*LTA*bg. *Kasic*: „Jetzt wird alles teurer! Und?“) Nichts für die Zukunft, Sie tun immer im Nachhinein ein bisschen was handeln. Und vor allem stelle ich mir die Frage, Herr Landeshauptmann, wie würden Ihre Handlungen aussehen, wenn es nicht einen Aufschrei der Bevölkerung gegeben hätte, wenn es keinen Aufschrei der KPÖ, der Steirischen Volkspartei gegeben hätte. Hätten Sie heute da das mit Ihren 20.000 Kilowattstunden vorgeschlagen, so oder so? Hätten Sie dieses schamlose Preisgarantie-

Angebot zurückgezogen, so oder so? Oder braucht es nicht gerade bei Ihnen, weil Sie sich halt am liebsten in Ihrer Rolle als Landeshauptmann gefallen, sich zurücklehnen, ein bisschen „Landeshauptmann spielen“, braucht es nicht gerade bei Ihnen immer wieder den Aufschrei, die Kritik? Ja, sozusagen als Motivation, endlich etwas im Interesse der Steirerinnen und Steirer zu tun. Sie hinken immer den Entwicklungen hinterher! Sie scheren sich vorher nicht darum, seit wann wissen Sie von den Erhöhungen? Man konnte es wissen, aufgrund der gestiegenen Einstandspreise. Gestern hat es eine Sendung im Fernsehen gegeben, eine sehr interessante. Da gibt es so eine Konsumentenschutzsendung im ORF, leider zu einer Zeit, wo man sehr selten zum fernsehen kommt, am späten Nachmittag. „Konkret“ heißt sie, glaube ich. Dort höre ich mit Staunen einem Vertreter der E-Control zu, der dort erklärt, erstens maßlos überhöht die Erhöhungen, maßlos überhöht! Zweitens die Einstandspreise werden sinken Anfang 2009. (*LTAbg. Kröpfl: „Dann wird man darauf reagieren.“*) Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn Sie, wie Sie gesagt haben, schon lange gewusst haben, dass die Einstandspreise steigen, wissen Sie auch, dass die Einstandspreise wieder sinken werden. Und wie beurteilen Sie vor diesem Hintergrund ein Angebot zur Spekulation auf steigende Preise? Herr Landeshauptmann, kümmern Sie sich in Hinkunft vor solchen Belastungswellen um Ihren Aufgabenbereich und tun Sie nicht immer im Nachhinein so ein bisschen eine Beschwichtigungspolitik und so ein paar Kleinigkeiten, ein paar Brosamen für die wirklich ganz schlimm Betroffenen verteilen. Das ist ja niederträchtig, was Sie machen. Zuerst tatenlos den Erhöhungen zuschauen und dann gönnerhaft als Landeshauptmann ein paar Brosamen verteilen. Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage mich wirklich, wann der derzeit amtierende Landeshauptmann endlich damit beginnen wird, Umfang und Verantwortung seiner Aufgabe zu erblicken und zweitens Umfang und Verantwortung seiner Aufgabe wahrzunehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*) Denn die Geschichterln, nichts zu tun, Schachner nie gehört, Energie Steiermark muss irgendwo sein u.dgl. – und das alles vor dem Hintergrund der großen Märkte rundherum. Ui, diese G’schichterln werden Ihnen auf Sicht niemand mehr abkaufen. Heute sind es schon viele, die Ihnen diese Geschichtchen nicht mehr abkaufen, in Bälde werden es noch Viele mehr sein. Herzlichen Dank! (*Beifall bei der ÖVP – 9.45 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Ing. Wegscheider. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Wegscheider (*09.46 Uhr*): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Kolleginnen und Kollegen auf der Regierungsbank!

Es geht glaube ich um den Punkt 4 der Dringlichen Anfrage, um die Einsetzung des Tarifbeirates, der mehrmals zitiert wurde und der nach Ressortzuständigkeit in meinen Bereich fällt. Aber vielleicht erlauben Sie mir schon, ein, zwei Sätze noch vorab zu geben.

Herr Klubobmann, Ihre Partei, die ÖVP, die Österreichische VP und die steirische, war der Vorkämpfer einer reinen Marktwirtschaft. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Wo haben Sie dieses Ammenmärchen her? Sie dürfen nicht alles glauben, was Ihre eigene Propaganda sagt.“*) Sie können das nicht wegdiskutieren. Sie haben sich unter dem wunderbaren Deckmantel, hätte ich gesagt, versteckt, ökosozial und die Partei noch christlich-liberal titulierte. Das ist wie der Wolf im Schafspelz, schöner Mantel, innen drinnen kommt er jetzt nach vor und schreit nach politischer Einflussnahme. Jetzt schreit er nach politischer Einflussnahme. Eine, würde ich so sagen, parteistrategisch nicht sehr günstige Position, die Sie da haben, denn das lässt sich nachvollziehen. Das lässt sich nachvollziehen. Und der wichtigste Schritt, wenn Sie schon zitieren, die Abfolge oder die Reihenfolge der Liberalisierung des Strommarktes 2001, danach ist der Gasmarkt liberalisiert worden. Aber ich nehme wohl an, 2004 war Ihre Partei hier federführend tätig. Und ich habe gestern mit 2 Vorstandsmitgliedern aus anderen Energieunternehmen ein Gespräch gehabt, nicht aus der steirischen ESTAG, (*LTAvg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf verbunden mit Heiterkeit*) nein, aus Bundesländern, aus anderen Bundesländern. Herr Kollege, ich komme ein bisschen mehr weiter hinaus, als du immer. Ich weiß, dass du dein Mürztal gut kennst, aber das endet halt irgendwo. (*Beifall bei der SPÖ*) Man muss sich auch ein bisschen, hätte ich gesagt, noch Gespräche offen halten nach außen hin. (*LTAvg. Kröpfl: „Wenn der Semmering-Tunnel fertig ist, geht das auch.“*) Und die haben mir gesagt ... (*LTAvg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf*) ... ja sag, warum erklärt ihr denn nicht so deutlich? Der Landeshauptmann hat es ja heute wieder getan. Erklärt einmal, was passiert ist und warum, und welches Problem in Wirklichkeit unsere E-Wirtschaft und unsere Energiewirtschaft in Wahrheit hat. Wenn man das wichtigste Produkt, die Erzeugung, verkauft, und hinten nach sich scheinheilig hierher stellt und sagt, jetzt müssen wir korrigieren, kontrollieren, die Tarife gestalten und man weiß, dass man davor für die Marktwirtschaft pur eingetreten ist, das ist schon sehr scheinheilig, was da passiert. (*Beifall bei der SPÖ*) Das ist nicht die Politik, die ich vertreten möchte.

Und jetzt, Herr Kollege Klubobmann, zur Geschwindigkeit der Bildung des Tarifbeirates, zuerst die Abfolge: Am 29. August 2008 gab es die Kundmachung des Gesetzes im Landesgesetzblatt. Ab 8. Oktober, ich muss immer dazusagen, Sie müssen jetzt genau zuhören, ab 8. Oktober 2008 gab es die endgültige Feststellung der Zuständigkeit durch die A17 über die Landesamtsdirektion und ab dem Zeitpunkt ist am 10. Oktober 2008 die Erarbeitung einer Geschäftsordnung beauftragt worden mit einem externen Support. Am 15. Oktober ist die Aufforderung an die im Beirat vertretenen Organisationen zur Nominierung von Beiratsmitgliedern ergangen und die Abklärung mit der Landesdirektion hinsichtlich fraktioneller Zusammensetzung der von den politischen Parteien zu nominierenden Beiratsmitgliedern erfolgt und am 16., gestern, wie Sie richtig sagen, die Aufforderung an die Landtagsklubs zur Nominierung von Beiratsmitgliedern. (*LTAvg. Mag. Drexler: „Sie brauchen sich die Sorgen nicht machen.“*) Herr Klubobmann, das ist relativ schnell, diese Abfolge, und ich gehe nicht her und gehe zu meiner Fachabteilung und sage „Ward ihr säumig?“, denn viel schneller geht

das nicht. Aber ich frage Sie was anderes. Wie lange brauchen Sie in Ihrer Nachdenkphase noch, bis Sie die Proporzabschaffung endlich beschließen, die Sie immer gefordert haben? *(Beifall bei der SPÖ)* *(LTabg. Straßberger: „Ja, genau!“)* Ja das ist ja viel schlimmer. Sie könnten sich viele Reden und viel Zeit hier herinnen ersparen, wenn Sie endlich der Proporzabschaffung zustimmen würden. *(LTabg. Mag. Drexler: „Jetzt wissen wir alles. Jetzt ist mir alles klar.“ ... weiterer Zwischenruf unverständlich)* Eine Forderung, die aus Ihrem Bereich gekommen ist. Aber, es ist halt das Problem, es wird heute eh noch eine Dringliche Anfrage geben. Es ist halt ein Problem, aus welcher Position man etwas betrachtet. *(LTabg. Mag. Drexler: „Dass Sie es brauchen, zuzustimmen.“)* Und das ist Ihre Grundphilosophie. Die Position hat sich verändert. Nur, ich würde Ihnen gerne auch einen Rat mitgeben, obwohl es mir nicht zusteht, einem Klubobmann einen Rat zu geben. *(LTabg. Mag. Drexler: „Das musst du dem LH sagen.“)* Herr Klubobmann, einen Rat. Gehen Sie einmal folgenden Weg. Vergessen Sie das Vergangene und versuchen Sie die Zukunft dieses Landes zu gestalten. Tun Sie doch das. *(Beifall bei der SPÖ)*

Da gibt es einen ganz einen gescheiterten Philosophen, vielleicht merken Sie sich den Spruch. Der hat einmal gesagt, was war, ist gewesen. Also 60 Jahre ÖVP-Regierung in der Steiermark könnte man damit dazusagen, was sein wird, verdient unsere ganze Hingabe. Geben Sie sich unserer Zukunft hin, dann täten wir viel weiterkommen in diesem Land.

Herr Klubobmann, noch eine Frage an die ÖVP. Nachdem Sie ja einen neuen, würde ich sagen, Aufsteiger in der ÖVP in der Steiermark haben, so wird er ja immer tituliert – wird ja auch für manche Ämter schon innerhalb der Partei gehandelt. Ob das immer gut ist, weiß ich auch nicht. Aber es gibt mehrere, die gehandelt werden, aber einen besonderen Aufsteiger. Ich frage Sie, was hat Ihr Aushängeschild, Bürgermeister Nagl, bisher zu einer bevölkerungsverträglichen Tarifgestaltung beigetragen und welche Vorschläge hat er gemacht? *(LTabg. Mag. Drexler: „Das wissen Sie aber schon, dass das mit einem Landesgesetz zusammenhängt.“)* Dankeschön. Glück auf! *(Beifall bei der SPÖ – 9.52 Uhr)*

Präsident: Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Kaltenegger. Ich erteile es ihm.

LTabg. Kaltenegger (9.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, geschätzte Damen und Herren!

Es ist sehr gut, dass dieser Sonderlandtag stattfindet. Leider haben Sie ja bisher den kleineren Parteien die Möglichkeit verwehrt, auch initiativ zu werden, also einen Sonderlandtag einzuberufen. Deshalb gebührt der ÖVP Dank für diese Initiative. Mein Dank an die ÖVP wäre allerdings ein noch viel größerer, würde sie steiermarkweit einheitlich agieren. Gestern hat es in Graz eine Gemeinderatssitzung gegeben. Auch die Energie Graz, mehrheitlich im Besitz der Stadt, Minderheit ESTAG, wird saftige Preiserhöhungen einführen beim Gas. Und die KPÖ hat gestern im Grazer

Gemeinderat einen Dringlichkeitsantrag gestellt, in dem der Bürgermeister und auch die Vizebürgermeisterin aufgefordert wurden, initiativ zu werden, dass diese Preiserhöhung in Graz nicht kommt. Was, glauben Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, wie diese Abstimmung ausgefallen ist. Die ÖVP hat mit den Grünen diesen Antrag niedergestimmt. Also in Graz ist die Preiserhöhung gut, im Land ist sie schlecht. Diese Logik kann ich nicht nachvollziehen. (*LTabg. Straßberger: Unverständlicher Zwischenruf*) Es geht hier nicht um eine der üblichen Preisanhebungen, und jetzt wieder zum eigentlichen Thema.

Es ist einmal das gewaltige Ausmaß mit Auswirkungen auf die Inflationsrate. Und jeder weiß, was es bedeutet, wenn die Inflationsrate abermals steigt. Wir haben in Österreich schon eine sehr hohe. Und ein solcher Gaspreis, eine solche Gaspreiserhöhung, geht an der Inflationsrate nicht spurlos vorbei. Da muss man noch dazu sagen, dass sich die Betroffenen natürlich sehr schlecht wehren können. Eine prinzipielle Heizungsumstellung ist ja nicht so einfach möglich. Man hat viel Geld investiert in eine Gasheizung und kann die nicht, weil jetzt der Preis steigt, gleich wieder gegen eine andere Heizung austauschen. Ich erinnere mich auch sehr gut an die Lockrufe, die es seinerzeit gegeben hat, als man Gas forciert hatte, als man betont hatte, wie viel günstiger das Gas ist. Leute haben dem geglaubt, angeschlossen und heute zahlen sie gewaltige Preise. Und dann muss man noch eines sagen: Diese Erhöhung findet trotz satter Unternehmensgewinne statt. Und all dies zusammen während der bedrohlichsten Weltwirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte, wenn nicht gar der letzten 100 Jahre.

Es wird jetzt sehr viel über Konjunkturerinbrüche geredet. Welche Auswirkungen haben solche Preiserhöhungen bei Energie auf die Konjunktur? Wird den Haushalten dieses Geld, welches zusätzlich für Energie ausgegeben werden muss, nicht anderswo fehlen? Wie wird sich der Preisschub auf Klein- und Mittelbetriebe auswirken? Eine grundsätzliche Bemerkung: Man muss heute sagen, die Liberalisierung der Energiemärkte in Europa hat in die Sackgasse geführt und ist gescheitert! Nirgends funktioniert sie in Wirklichkeit. (*Beifall bei der KPÖ*)

Aber nicht nur bei der Energie, es ist unbestreitbar, dass wir derzeit weltweit ein Marktversagen von gewaltigem Ausmaß erleben. Die Auswirkungen sind noch unabsehbar. Es ist ja sehr interessant, also einen Spruch, den man früher immer gehört hat, vermisste ich in den letzten zwei, drei Wochen völlig: „Mehr Privat, weniger Staat“. Das ist irgendwie in der Argumentation abhanden gekommen. Die größten Einpeitscher für den Wirtschaftsliberalismus schreien heute nach dem Staat. (*LR Ing. Wegscheider: „Genau.“*) Wo ist der Bankmanager, der heute sagt „mehr Privat, weniger Staat?“ Wo ist er denn? (*Beifall bei der KPÖ, SPÖ und Grüne*) 100 Milliarden Euro muss allein der Staat Österreich zur Sicherung, die hoffentlich gelingt, des heimischen Finanzsystems bereitstellen. Es ist erstaunlich, mit welcher Geschwindigkeit das möglich ist, während wir oft bei kleinen Summen, wo es auch um soziale Verbesserungen geht, die notwendig wären, jahrelang diskutieren. Ich denke hier an die bedarfsorientierte Grundsicherung, wo es viel langsamer geht, wenn sie jetzt überhaupt kommt.

Der Staat muss mit derselben Entschlossenheit eingreifen, wenn auch in anderen Bereichen der Wirtschaft wo der Markt versagt hat und dazu gehört die Energieversorgung.

Es gibt immer wieder Kritik von Konsumentenschutzorganisationen, auch beispielsweise von der AK, dass Preissenkungen nur zögerlich oder gar nicht an die Verbraucher weitergegeben werden, Beispiel Ölpreis. Gestern hat man gehört, dass die internationalen Rohölpreise sich zirka halbiert haben in der letzten Zeit. Haben Sie auch schon dieselbe Auswirkung an den Tankstellen gemerkt? Also ich fürchte, nein. Ich jedenfalls habe es noch nicht gemerkt. (*LTabg. Kröpfl: „Ohja, ab morgen ein Zehntel.“*) Deshalb ist der Staat hier gefordert. So wie bei den Banken auch bei der Energie: Ohne ausreichende und leistbare Energieversorgung kann die Wirtschaft nicht funktionieren, vor allem bleiben Einkommensschwächere auf der Strecke. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. Deshalb ist eine amtliche Preisregelung bei Strom, Gas und auch bei Treibstoffen ein Gebot der Stunde.

Wir bringen deshalb seitens der KPÖ einen Entschließungsantrag ein, der Ihnen bereits vorliegt. Ich möchte jetzt nur den Antrag selbst verlesen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, gesetzliche Grundlagen für amtliche Preisregelungen bei den Endverbraucherpreisen im Energiesektor einzuführen.

Ich hoffe, dass alle hier zustimmen. Wer dem nicht beipflichtet, der sollte wahrscheinlich auch sehr ruhig sein, wenn es hier um die Erhöhung der Gaspreise in der Steiermark geht. Es ist überall dringender Handlungsbedarf gegeben. Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei der KPÖ und SPÖ – 10.01 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Petinger. Ich erteile es ihm.

LTabg. Petinger (10.01 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren der Regierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren in den Zuschauerrängen!

Obwohl der Herr Klubobmann Drexler nicht anwesend ist – so viel zur Wichtigkeit dieser Debatte und zur Wichtigkeit des Themas. Wie er betont hat, war der Versuch legitim, als er am Anfang und am Ende der Einbringung der Dringlichen versucht hat, das Thema zu versachlichen. Der Herr Klubobmann hat immer nur ein Problem, er kommt eben aus seiner Haut nicht heraus, wie wir sagen, er kann nicht anders, er polarisiert, er bringt politische Thematik mit und in der ganzen Wortmeldung, die er getätigt hat, kein einziger konstruktiver Vorschlag, wie wir gemeinsam mit diesem Thema umgehen können. (*LHStv. Dr. Flecker: „Bei einer niedrigen Erwartungshaltung.“*) Es ist der 4. Versuch der ÖVP in dem Land hier, in der Steiermark, die SPÖ und ich glaube, hier im Speziellen den

Herrn Landeshauptmann bei einer Erhöhung der Energiepreise schuldig werden zu lassen. (*LTabg. Straßberger: „Er ist gut.“*) Bei all diesen Versuchen geht es aber der ÖVP wirklich nicht darum – und ich habe es gerade vorher gesagt, die Probleme selbst zu bewältigen, sondern eine Person schuldig werden zu lassen und diese Person an den Pranger zu stellen. (*LTabg. Kasic: Unverständlicher Zwischenruf*) (*LTabg. Mag. Drexler: „Wir übernehmen gerne sehr große Verantwortung.“*) Wenn diese Vorgangsweise das Verständnis der ÖVP von Politik im Interesse der Menschen in der Steiermark ist, dann haben Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP aus der jüngsten Vergangenheit sehr, sehr wenig gelernt. Niemand in diesem Hause und schon gar nicht der Herr Landeshauptmann ist daran interessiert, dass die Energiepreise steigen und die Menschen dadurch klarerweise Belastungen erleben müssen. Ihre Vorgangsweise trägt aber in keiner Art und Weise dazu bei, dass konstruktiv darüber diskutiert werden kann: Wie können wir den Menschen in der Steiermark helfen? (*LTabg. Hamedl: „Den Gaspreis senken.“*) Und wie können wir diesen Menschen in einer durchaus schwierigen Situation beistehen? Im Gegenteil, Sie versuchen zu polarisieren, um vermeintlich politisch zu punkten und nicht zu helfen.

Eine Partei, die dem Wirtschaftsliberalismus mit den Kräften des freien Marktes auch noch in ihrem ökosozialen Wirtschaftsprogramm ausreichend Platz einräumt, hat eigentlich jede Legitimation verloren, über Preisregulation durch die öffentliche Hand auch nur zu diskutieren. (*Beifall bei der SPÖ*) Eine Partei, die jahrzehntelang in diesem Land regiert hat und gerade durch diese Wirtschaftspolitik dazu beigetragen hat, dass die Kräfte des freien Marktes nunmehr ihre Wirkung zeigen, hat diese Glaubwürdigkeit in der Diskussion völlig verloren. (*Beifall bei der SPÖ*) Sie sind maßgeblich daran schuld, dass die Energie Steiermark AG mit ihren Töchtern teilweise an strategische Partner verkauft wurde und der Einfluss des Landes Steiermark bei der Preisgestaltung nicht mehr vorhanden ist. Sie sind maßgeblich daran schuld, dass die Wasserkraftwerke und die thermischen Kraftwerke verkauft wurden und das Land Steiermark in eine Energieabhängigkeit geraten ist und deswegen Strom im hohen Ausmaße importiert werden muss und somit der Einfluss der steirischen Politik bei den Strompreisen verloren gegangen ist. Sie waren maßgeblich daran schuld, dass die Satzungen in der Energie Steiermark geändert wurden und die Tarifgestaltung auf die Ebene des Vorstandes verlagert wird und somit der Aufsichtsrat de facto und die Politik keine Einflussmöglichkeit auf die Gestaltung der Tarif mehr hat.

Und heute stellt sich der Herr Klubobmann Drexler nunmehr zum 4. Mal hierher, setzt sich permanent ein grünes Hütl auf und spielt den Robin Hood der Steirerinnen und Steirer. Ein tragisches Schauspiel, Herr Klubobmann, zumal er ja mangels fehlender Glaubwürdigkeit und fehlender Vorschläge aus der ganzen Diskussion nicht helfen kann. (*LTabg. Mag. Drexler: „Wer ist der Sheriff von Nottinghill? Das ist der Flecker. Voves oder Flecker, wer ist der Sheriff?“*) Aber ich will Ihnen ja gar nicht unterstellen, dass Sie nicht helfen wollen. Aber wenn die ÖVP ehrlich mit sich selbst umgeht, und das nehmen sie ja so oft sehr gerne für sich auch in Anspruch, geht es um eine politische Strategie, und

nicht um das eigentlich durchaus schwierige und vorhandene Problem. Der strategische Irrtum, aber ich bin nicht der Lehrer der ÖVP, der strategische Irrtum, glaube ich für die ÖVP steht ganz klar aber auch fest: Durch dieses Agieren führen Sie nicht nur der Politik insgesamt, sondern auch der ÖVP selbst Schaden zu. (*Heiterkeit bei LTAbsg. Straßberger*) (*LTAbsg. Riebenbauer: „Plakat!“*)

Aber, jetzt höre ich mit dem auf, weil an und für sich mag ich so blöde Debatten nicht, wo man sich gegenseitig durchaus Vorwürfe macht, sondern wir sollten über das Problem wirklich diskutieren. Und hier in diesem Haus sollten wir auch darüber diskutieren, weil es ja ein wirkliches Problem für die Menschen in der Steiermark gibt. Aber wir sollen uns wirklich auch darüber unterhalten, wie wir dieser Teuerungsspirale in der Energiepolitik entkommen können oder wie wir diese Auswirkungen dieser Teuerungsspirale abfedern können. Eines ist aber ganz klar, und das dürfen wir auch nicht vergessen: Die Energie Steiermark steht aufgrund der Liberalisierung in den Energiemärkten im vollen internationalen Wettbewerb, und das ist ein Faktum. (*LTAbsg. Straßberger: „Jetzt.“*) Das war immer ein Faktum. Die Energie Steiermark AG muss mangels nicht ausreichender Eigenerzeugung Strom im hohen Ausmaß importieren und ist somit in einem klaren Abhängigkeitsverhältnis. Faktum ist auch, dass primär Energieträger für die Stromerzeugung aber eben auch für die Wärmelieferung am internationalen Markt zugekauft werden müssen und sich somit ebenfalls eine starke Abhängigkeit ergibt. Unumstritten, meine Damen und Herren, ist, und das hat die letzte Evaluierung der Energie Steiermark AG durch den Bundesrechnungshof ergeben, dass auf der einen Seite die Energiegesellschaften insgesamt hohe Gewinne schreiben, aber die Energiepreise trotzdem im Steigen begriffen sind. Dazu müssen wir in der Verantwortung als Mehrheitseigentümer gegenüber dem Unternehmen sehr genau hinterfragen: Woraus ergeben sich diese Gewinne, welche Rücklagen müssen gebildet werden, wie steht es um die Liquidität, welche Verpflichtungen hat das Unternehmen aufgrund von bestehenden Verträgen und wie schaut es aus mit den Dividendenauszahlungen? (*LTAbsg. Majcen: „Das war vorher auch so.“*)

Meine Damen und Herren! Eines vermute ich jetzt einmal grundsätzlich über alle Parteien hinweg. Dem Unternehmen durch politisches Hick Hack einen wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, (*Große Heiterkeit unter den Abgeordneten der ÖVP verbunden mit Durcheinanderrufen*) das Interesse kann wohl niemand in diesem Hause haben. (*Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der ÖVP*) (*Beifall bei der SPÖ*) (*LTAbsg. Hammerl: „Das gibt es ja nicht!“*) Und, schön langsam, und so verstehe ich auch die Aufgabe des Tarifbeirates in der Zukunft. Der Beirat soll sich in einer umfassenden Betrachtungsweise Netztarife, Energiepreise, selbstverständlich auch unter Einbeziehung der erneuerbaren Energie, und Möglichkeiten, die sich daraus für eine Tarifgestaltung ergeben, diskutieren. Und anschließend sollte dieser Tarifbeirat im Spannungsfeld natürlich, das muss uns bewusst sein, einer öffentlichen und einer wirtschaftlichen Verantwortung dementsprechende Vorschläge erarbeiten. Vor allem im Interesse der Steirerinnen und der Steirer. Selbstverständlich meine ich auch, dass wir hier in diesem Hause die soziale Verantwortung in einem hohen Ausmaß zu

diskutieren haben und dementsprechend zu handeln haben und wir müssten den Menschen, die es dringend brauchen, rasch, unbürokratisch, Hilfe zukommen lassen. Es kann natürlich, und das muss man sagen, nie genug sein für diese Menschen. Aber fairerweise, und man muss das generell über alle Parteien auch zugestehen, dass das Land Steiermark in Österreich sicherlich eine Vorreiterrolle in dieser Frage der Sofortmaßnahmen übernommen hat. Die Wohnbeihilfe neu ist eines dieser markanten Beispiele. Der Strombonus, auch bekannt. Der Heizkostenzuschuss, (*LTabg. Hammerl: „Der Strombonus! Ihr braucht jetzt nicht erhöhen!“*) das sind alles Maßnahmen, die wirklich notwendig waren, um auch eine Entlastung der Bedürftigen in unserem Lande zu gewährleisten. Auch der Heizkostenzuschuss, der im Bund Gott sei Dank jetzt erhöht wurde, stellt eine wichtige solche Maßnahme dar, sofort helfen zu können. Nicht unerwähnt dürfen wir aber auch lassen, und das muss man auch offen zugestehen, die Förderungen, die das Unternehmen beschlossen hat. Auch das sind Soforthilfen für die Kunden und die Kunden werden es der Energie Steiermark dementsprechend auch danken. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir uns diesem Thema der Tarife am Energiesektor ernsthaft und glaubwürdig annehmen wollen, dann sollten wir auf jegliche politische Polemik in Zukunft verzichten. (*LTabg. Majcen: „Ihr wollt auf jegliche Diskussion verzichten.“*) Wenn wir, nicht auf Diskussion, du lässt ein Wort aus, wenn wir eine politische Spielwiese daraus machen, dann sage ich es ganz offen und ehrlich, (*LTabg. Straßberger: „Ahsso!“*) (*Aufgeregtes Durcheinanderrufen unter den Abgeordneten der ÖVP*) dann ist jede Minute, die wir investieren, eine verlorene für die Steirerinnen und Steirer. Und der Fokus und das Ergebnis, das überbleiben wird, ist, sie streiten eh wieder. Sie bringen eh nichts weiter. Die Politik ist eh umsonst. Und deswegen, da die SPÖ Steiermark der Meinung ist, dass auch in dieser Frage Sofortmaßnahmen getroffen werden müssen, darf ich einen Entschließungsantrag der SPÖ einbringen und darf Ihnen den Antrag zur Kenntnis bringen: (*LTabg. Hamedl: „Das glaubt ja keiner, was du da sagst.“*)

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Kooperation mit der steirischen Gas-Wärme GmbH dafür zu sorgen, dass allen Haushaltskunden, deren jährlicher Verbrauch maximal 20.000 Kilowattstunden beträgt, die durch die aktuelle Preiserhöhung der Gaspreise entstehenden Mehrkosten refundiert werden. Das Land hat die Kosten dafür aus den für die Gewährung des Strombonus verbliebenen Mitteln zu tragen. Die steirische Gas-Wärme GmbH ist aufzufordern, die Administration der Refundierung zu übernehmen.

Ich danke sehr und hoffe wirklich, dass Sie alle hier aufgrund der Dringlichkeit dieser Situation diesem Antrag zustimmen. Danke.

(*Beifall bei der SPÖ – 10.13 Uhr*)

Präsident: Als nächstes zu Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich erteile es ihr.

LTabg. Lechner-Sonnek (10.13 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses und sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Christopher Drexler hat heute gesagt: Da darf man nicht still sein, wenn die Kosten für die Bevölkerung ins Unermessliche steigen, wenn Personen unter der Last leiden der Betriebskosten, im speziellen Fall heute des Gaspreises. Da gebe ich ihm vollkommen Recht. Ja. Er hat gesagt, das wäre verantwortungslos, darüber nicht zu sprechen. Was mich aber sehr stört, lieber Christopher Drexler, und da wende ich mich auch an die ganze ÖVP, im Übrigen auch an die ganze SPÖ: Es ist auch verantwortungslos und im Besonderen verantwortungslos, über Energiepolitik nur so zu sprechen, wie es heute hier stattfindet. Es gibt ganz gewaltige Versäumnisse in der Energiepolitik. Mein Kollege hat mich gerade vorhin darauf aufmerksam gemacht, dass seit Beginn dieser Sitzung das Wort erneuerbare Energie kein einziges Mal gefallen ist. Das allein spricht Bände, meine Damen und Herren. Das sagt sehr viel darüber aus, wie hier gearbeitet und gedacht wird.

Bevor ich ins Thema einsteige, noch eine kurze Antwort an den Herrn Landeshauptmann, der die SPÖ als großen Verfechter gegen Liberalisierung, gegen Privatisierung hingestellt hat. Wie habe ich es dann zu verstehen, dass im letzten Jahr noch der Versuch da war, ein weiteres Viertel der ESTAG zu verkaufen? Wie habe ich es zu verstehen, dass überhaupt ein Partner hineingenommen wurde, was ja auch nicht ganz ohne Mithilfe der SPÖ möglich gewesen wäre und auch nicht passiert ist? Und wie habe ich es dann zu verstehen, dass vor ein paar Jahren massive Bestrebungen da waren, Teile der Krankenanstalten zu privatisieren, die Gott sei Dank auf unsere Initiative hin hier durch diesen Landtag abgestoppt werden konnten? (*Beifall bei den Grünen, KPÖ und SPÖ*) Wenn das eine Ankündigung für die Zukunft ist, dass das ab jetzt so sein wird, dass die SPÖ mit Sicherheit alles dafür tun wird, die Daseinsvorsorge abzusichern, indem sie in der öffentlichen Hand verbleibt, dann ist mir das recht und dann unterstütze ich das. Aber die Sicht auf die Vergangenheit lässt eine solche eindeutige Positionierung nicht erkennen.

Der Herr Landeshauptmann hat auch gesagt, wir brauchen neue Formen der Unternehmensführung. Auch das stimmt. Das gilt aber auch für die Landesregierung und die Landespolitik. Wir brauchen neue Formen der Energiepolitik. Wir brauchen im Übrigen neue Formen, wie Landespolitik betrieben wird. Aber dazu haben wir heute noch eine zweite Dringliche, die wird uns vielleicht Möglichkeiten geben, hier ins Detail zu gehen. Wir brauchen auch eine Landesregierung, die ihre Versprechen einhält. Wir haben im Arbeitsprogramm der Landesregierung die Energieautonomie. (*LTabg. Straßberger: „Das ist der Chef. Er hat die Mehrheit.“*) Ja, Herr Kollege, diese Landesregierung besteht aus ÖVP und SPÖ. Darf ich Ihnen was sagen und das genau ist ein Teil des Problems, „DIE“ sollen es machen – immer der Andere. Immer der Andere! Das ist ein Teil des Problems. (*LTabg. Mag. Drexler: „Aber Ingrid, Zuständigkeiten gibt es schon!“*) Es gibt Zuständigkeiten. (*LTabg. Mag. Drexler: „Landesrat Wegscheider hat jetzt ein Monat gebraucht, bis er d'raufgekommen ist.“*) Es gibt

Zuständigkeiten, aber lieber Christopher Drexler, wenn du es schon so ganz genau wissen willst, Energiepolitik findet nicht nur im Energieressort statt, Energiepolitik findet z.B. auch im Wohnungsressort statt. (*LTabg. Gödl: Ein Monat ist zu kurz.*“) Es ist energiepolitisch höchst relevant, wie unser Verkehrssystem aussieht (*LR Ing. Wegscheider: „Ihr braucht noch ein Jahr bis ihr den Proporz diskutiert.“*) und es ist energie- und klimapolitisch höchst relevant, wie unser Tourismusbereich auf- und ausgebaut wird.

Jetzt habe ich noch den Landesrat Buchmann als Wirtschaftslandesrat nicht erwähnt, aber das ist mir auch ein Leichtes. Wir hatten in der letzten Landtagssitzung, die Debatte über den Wirtschaftsbericht und was haben wir dort konstatiert? Dass noch immer das große Standbein in der Automobilindustrie da ist. (*LTabg. Majcen: „Das sperren wir jetzt zu!“*) Das sperren wir jetzt zu? Lieber Kollege Majcen, die Grünen sind nicht schuld, sondern wir weisen seit langem darauf hin, wie gefährlich das ist und du kannst es jetzt jeden Tag in der Zeitung lesen, wie richtig diese Befürchtungen waren. Was mir aber abgeht, um das abzuschließen, beim Wirtschaftslandesrat ist eine klare Umpolung in diese Richtung, wo es für den Wirtschaftsstandort Steiermark und für die Leute, die unter den Betriebskosten leiden, supertolle Lösungen geben würde. Das fehlt mir bei Ihnen. Also Herr Kollege Straßberger, mir ist das zu wenig, zu sagen, die anderen sollen es tun. (*Beifall bei den Grünen und der SPÖ*)

Ich möchte jetzt vor dem Hintergrund der bisherigen Debatte eine Frage stellen. Hat sich irgendjemand von denen, die sich zu Wort gemeldet haben, oder von denen die zugehört haben, oder von den Damen und Herren auf der Regierungsbank einmal die Frage gestellt: Wie werden wir denn da stehen in 5 oder 10 Jahren in dieser Frage? Haben wir solche Debatten wie die heutige im Takt von 3 bis 2 Monatsabständen bis in 5 oder 10 Jahren vor? (*LTabg. Kasic: „Da oben sitzt der Landeshauptmann. Er ist der Verantwortliche.“*) Herr Kollege Kasic, hören Sie mir einfach ein bisschen zu. Sie werden erkennen, es hat auch mit Ihnen zu tun. Sie werden erkennen, auch Sie haben Handlungsmöglichkeiten, Sie werden befreit und erleichtert und vielleicht ein Stückl beschwingt hinausgehen und hoffentlich in Hinkunft auch, was Energiepolitik betrifft, anders handeln. Ich bin eine Optimistin, es ist so. Ich möchte darauf hinweisen, dass niemand sich überlegt, also meine Deutung ist es, es überlegt sich niemand hier herinnen oder fast niemand, wie schaut es aus in fünf oder zehn Jahren. Wo ist denn die nachhaltige Energiepolitik? Und ich habe vorhin schon darauf hingewiesen und sage es noch einmal, Energiepolitik mag zwar ressortieren bei einer Person in der Landesregierung, ist aber gestaltbar durch die gesamte Landesregierung und ich erwarte mir, überhaupt wenn es da eine Festlegung im Arbeitsprogramm gibt, dass alle Teile der Landesregierung sich dafür einsetzen, dass Energieautonomie umgesetzt wird. Wenn Energieautonomie umgesetzt werden würde, meine Damen und Herren, hätten wir ein solches Problem nicht und vor allem, wir hätten es in 5 oder 10 Jahren mit Sicherheit nicht mehr. Aber das passiert ja nicht. Was passiert stattdessen? Herr Kollege Petinger hat vorhin erwähnt, es hat viele politische Entscheidungen gegeben. Diese Situation, in der wir uns heute befinden ist von Politik gestaltet – von Politik gestaltet,

meine Damen und Herren! Das ist kein Schicksalsschlag, der uns von heute auf morgen trifft. Das ist das Ergebnis von Entwicklungen, die durch politische Entscheidungen angestoßen wurden bzw. herbeigeführt wurden. Kollege Petinger hat vorhin die Südpol-Verträge erwähnt, vielleicht nicht mit dem Begriff, aber man hat irgendwann in der Steiermark geglaubt, man kann auf die Energieerzeugung verzichten. Das haben wir jetzt davon, schlechte Entscheidung. ÖVP und SPÖ möge sich selber in den Spiegel schauen und sagen: War das eine gute Entscheidung? Auch die SPÖ, die heute gerne sich bemüht, ein bisschen wegzurudern, muss sich die Frage gefallen lassen: Ist es sichergestellt, dass alle Mitglieder des Aufsichtsrates dagegen gestimmt haben, dass man diese Südpol-Verträge abschließt? Ich glaube nicht.

Zweitens, meine Damen und Herren, ich erinnere mich aus meiner Zeit als Gemeinderätin noch gut daran, wie von politischer Seite, speziell auch von der SPÖ, massiv auf den Ausbau des Gasnetzes in der ganzen Steiermark hingearbeitet wurde. Und es hat Widerstände gegeben, es hat viele Widerstände gegeben zum Beispiel aus dem landwirtschaftlichen Bereich, weil damals schon vor 10, 15, 20 Jahren klar war, das können wir auch anders machen. Aber diese Widerstände sind weggefegt worden. (*LTA*bg. *Riebenbauer*: „Von mir?“) Nein, nicht von Ihnen. Diese Widerstände sind in vielen Gemeinden nicht wahrgenommen worden. Es ist auf den Gasnetzausbau geschaut worden, obwohl damals schon klar war, wir könnten eine andere Versorgung haben, die auch den Leuten in der Region ein Einkommen und Arbeitsplätze verschafft. Auch das, dieser Ausbau des Gasnetzes, waren politische Entscheidungen, meine Damen und Herren! (*LTA*bg. *Majcen*: „Wir brauchen auch Industrie.“) Und was ist jetzt politische Entscheidung? Wie schauen jetzt die politischen Entscheidungen aus auf der Basis dessen, was alles an Weichen gestellt wurde? Ich will mich nicht aufhalten mit weiteren Weichenstellungen aus der Vergangenheit. Wie schaut das jetzt aus? Es passiert etwas und es wird ein Pflasterchen geklebt. Und vieles von dem, was heute hier vorgeschlagen wurde, sind Pflaster, die geklebt werden, die uns aber keine nachhaltige Verbesserung sicherstellen können, meine Damen und Herren. Das muss vollkommen klar sein. Denn so lange wir uns nicht damit beschäftigen, wie wird unsere Energieversorgung in den nächsten 5 oder 10 Jahren und darüber hinaus ausschauen, wie können wir sicherstellen, dass wir eine gewisse Versorgungssicherheit haben, eine maximale Versorgungssicherheit, wie können wir sicherstellen, dass wir Preise wirklich in der Steiermark mitgestalten oder überhaupt gestalten können? So lange sich damit niemand beschäftigt, meine Damen und Herren, muss ich der Debatte die nötige Ernsthaftigkeit absprechen. Ich bin auch betroffen davon, dass viele Leute ganz viel für die Betriebskosten bezahlen und ich bin besonders betroffen, dass das in einer Zeit passiert, in der viele dieser Einflüsse kulminieren. Immer mehr Leute rutschen unter die Armutsgrenze. Wir sagen das schon ziemlich lange. Hier besteht Handlungsbedarf! Aber so werden wir die Probleme nicht dauerhaft lösen. Die Energieversorgung wird in meinen Augen von der Landesregierung oft einmal angeschaut wie eine Kuh, die man mehr oder weniger melken kann. Und wenn halt jetzt ein Problem auftaucht und wenn man halt jetzt zeigen will, wie sozial man

ist und dass man doch die Teuerung nicht durchgehen lassen will, damit melkt man diese Kuh ein bisschen weniger. (*LR Ing. Wegscheider: „Stimmt ja nicht.“*) Das ist der Zugang und mehr ist da nicht, meine Damen und Herren. Und wenn es einen Aufschrei gibt, sagt man ja okay, da verzichten wir auf ein Stückel unserer Dividende. Wer schaut denn, ob dieses Energiesystem, das wir jetzt haben, diese Energieversorgung, für die das Land Steiermark zuständig ist, weil sie sich ja auch größtenteils im Besitz hat, ob diese Energieversorgung überhaupt passt, ob uns die sicherstellt, dass solche Situationen wie jetzt, wo man Pflasterln pickt, politische Pflasterln, sich nicht wiederholen. Wer schaut denn? Der Trend bleibt, meine Damen und Herren, da gehört ja nicht viel Phantasie dazu. Der Gaspreis steigt infolge des Ölpreises. (*LTabg. Straßberger: „Warum schauen Sie mich an?“*) Herr Kollege, ich schaue Sie an, weil ich halt alle möglichen Leute der Reihe nach anschau, wenn ich rede erstens und zweitens noch immer der Meinung bin, dass auch Sie sich fragen können, was Sie im Bereich Ihrer Zuständigkeit tun können. (*LTabg. Straßberger: „Ja, ich habe zugehört.“*) (*LTabg. Mag. Drexler: „Der Ölpreis sinkt jetzt.“*) Der Trend bleibt, der Ölpreis sinkt kurzfristig u.z., das hat uns jetzt der Chefökonom der OPEC unlängst im Fernsehen erklärt, muss er ein bisschen sinken, wissen Sie warum? Weil sonst eine echte Systemumstellung greifen würde! (*LR Ing. Wegscheider: „Den Zyklus gibt es aber schon seit 20 Jahren.“*)

Und das ist von den Damen und Herren, die dort verdienen, wo das Öl gefördert und verkauft wird und auch das Gas gefördert und verkauft wird, nicht erwünscht. Also bitte, wir wissen was wir von dieser vermeintlichen Senkung zu halten haben. Sie wird gerade so stark ausfallen, dass manche Leute sagen: Naja, es ist zwar viel teurer geworden, aber wir brauchen nicht zentral irgendetwas ändern. So schaut es aus! Das hat der Chef-Ökonom der OPEC unlängst öffentlich kundgetan und bestätigt, so ist es.

So, was ist jetzt zu tun? Die Energieautonomie ist umzusetzen, meine Damen und Herren, da gibt es keinen Weg daran vorbei. Wenn Ihnen das langweilig ist, weil wir das immer wieder sagen, dann muss ich Ihnen sagen, das ist genau das Problem. Erkennen Sie bitte, was Sie da in Ihr Arbeitseinkommen hineingeschrieben haben, das ist der Satz, den ich jedes Mal lobe im Arbeitsübereinkommen der Landesregierung, aber so lange Sie ihn selber nicht ernst nehmen, muss ich mich schon fragen, wie Sie glauben, dass in Hinkunft die Situation für die Bevölkerung wirklich besser wird. Unsere Energiesysteme sind auf erneuerbare Energie umzustellen – d.h. Wirtschaftskraft, d.h. Arbeitsplätze in der Steiermark. Und es kann Ihnen derzeit nicht „wurscht“ sein, gerade derzeit kann Ihnen das nicht egal sein, bei dieser Lage auf den Finanzmärkten, die sich mit Sicherheit auch auf die Arbeitsplatzsituation auswirken wird. Wir haben Möglichkeiten. Das ist eine Win-Win-Win-Situation, die wir haben können, aber man muss es tun. Man muss es tun, im Gegensatz von es permanent behaupten. Man muss die Wirtschaftspolitik umpolen. Ich habe es vorhin angerissen. Dieses große Standbein Autocluster ist zu ergänzen und sukzessive zu ersetzen durch ein anderes großes Standbein. Nämlich, wir machen uns unsere Energie selber. Und damit garantieren wir auch,

dass sie leistbar ist und dass sie verfügbar ist. Und, wir müssen im Bereich, und jetzt komme ich auf die Tarifsituation, wir müssen im Bereich der Tarife nicht nur ökologisch sondern auch sozial agieren. Deswegen, im übrigen, Herr Kollege Kaltenegger, er hat vorher zwar leicht drohende Untertöne gehabt in seiner Rede, wer sich dagegen stellt, der möge nie wieder hier und so weiter und so fort, wir werden den Antrag nicht unterstützen. Weil eine amtliche Preisbindung überhaupt kein Instrument ist, das soziale und ökologische Tarife ermöglicht. Tatsache. Wir sind daran interessiert, dass es einen Ökobonus gibt, dass Menschen, die in einem kleinen Ausmaß Energie verbrauchen, weil sie sehr sparsam sind oder weil sie sowieso einen kleinen Haushalt haben, nicht gestraft sondern unterstützt werden, indem sie einen besonders guten Tarif kriegen. Aber, im Unterschied zu dem, was die SPÖ heute vorschlägt, wollen wir ein aufkommensneutrales Modell haben. Wir wollen, dass jene, die viel verbrauchen analog auch mehr bezahlen. Das ist Gestaltung, das ist politische Gestaltung und das ist unser Job. Das ist unsere Aufgabe. (*LTAvg. Riebenbauer: „Die Familien brauchen auch mehr.“*) Und, deswegen sind wir dagegen, dass man da mit dem Kamm drüberschert, sondern dafür, dass es zu besseren Tarifmodellen kommt, die diese soziale und ökologische Komponente oder Gestaltung ermöglichen, die dezidiert soziale Härten ausgleichen. Weil, von einem Scheren über den Kamm hat auch der Reiche was, hat auch der Vielverbraucher was. Ja, ist das in unserem Sinn? Also, in meinem Sinn ganz sicher nicht. Ich erwähne noch der Vollständigkeit halber die intelligenten Stromzähler, die Gebäudesanierung und die Klärung.

Was haben wir eigentlich überhaupt an Möglichkeiten und an Ansatzpunkten für die wirkliche Umsetzung der Energieautonomie? Es gibt supergute Voraussetzungen, die TU hat Superstudien gemacht und sie auch schon angewendet, was regionale Ansätze und Ansatzmöglichkeiten betrifft.

Aber meine Damen und Herren, auch wenn der Herr Landesrat Wegscheider uns regelmäßig einen Bericht liefert, dass er eh so fleißig ist, wenn ich das einmal so salopp zusammenfassen darf, in seinem Bereich, mir ist das zu wenig. Mir ist es aber auch zu wenig, dass eine gesamte Landesregierung an eine Person etwas delegiert und dort nicht einmal jemals nachfragt, wie wird dieser Punkt im Arbeitsprogramm überhaupt umgesetzt. Und, meine Damen und Herren, es sind auch Rahmenbedingungen zu ändern. (*LR Ing. Wegscheider: „Ich kann Ihnen das alles erzählen.“*) Nicht nur Anreize zur Umstellung von Heizsystemen, sondern auch, man muss sich fragen, wie kann man die Situation verändern, dass in einem Haus, wo es lauter Eigentumswohnungen gibt, eine Person alles verhindern kann, was an erneuerbarer Energie und was an Gebäudesanierung und damit an Senkung der Betriebskosten möglich wäre, wie kann man das verändern? Das ist zu verändern.

Und ein letzter Punkt, bevor Sie alle glauben, das haben Sie schon etliche Male gehört. Wie schaut denn das mit Mellach aus? Hat sich das einmal wer überlegt? Alle sind so happy in der ÖVP und der SPÖ, dass Mellach kommt. Die totale Freude. Hallo, das ist dasselbe Gas, das teurer geworden ist. Was heißt das? Der Strompreis wird auch noch steigen infolge des Gaspreises. Ja. Hat sich das jemand überlegt von Ihnen? (*LTAvg. Gödl: „Das haben wir schon besprochen.“*) (*LTAvg. Kasic: „Darum*

muss der Gaspreis herunter bleiben.“) Mein abschließender Appell – ja, haben wir schon besprochen. Und vorher aber Mellach hochgelobt. Es gibt noch etliche andere Projekte. In Zeltweg soll auch so ein großes Ding hingeklotzt werden. Meine Damen und Herren! Wenn Sie jetzt nicht sehen, dass in diesem Bereich Handlungsbedarf besteht, dann weiß ich nicht, wann Sie das wahrnehmen werden. *(Beifall bei den Grünen)*

Zum Abschluss noch die Anträge: Wir werden dem Antrag der SPÖ als Sofortmaßnahme zustimmen, obwohl er sozusagen ein gesteigertes Pflasterl ist. Ich habe es vorher schon gesagt. Wirkungsvoll für AbnehmerInnen im geringen Ausmaß. Das ist gut, das ist sicher sozial verträglich, aber dieses Modell ist nicht aufkommensneutral. Und bei der Gelegenheit möchte ich sagen, der Tarifbeirat, über den heute hier schon oft gesprochen worden ist, wurde von den Grünen im März 2006 beantragt. Mir sind keine Entrüstungsschreie, von welcher Seite auch immer, bekannt, dass es mit der Bearbeitung so lange gedauert hat. Auch von der ÖVP nicht, warum er so lange nicht eingerichtet wurde. Ja. *(LR Ing. Wegscheider: „Er kann noch nicht eingerichtet sein.“)* Ja, im Juni, im Juni ist es endlich finalisiert worden. Das ist das Schicksal vieler grüner Anträge, meine Damen und Herren. Der ist 2 1/2 Jahre alt. *(LR Ing. Wegscheider: „Was, das Gesetz?“)* *(LTAbg. Kröpfl: „Der Antrag.“)* Ich unterstütze, dass der Tarifbeirat hier seine Arbeit aufnehmen soll. Ich finde es auch ganz lustig, dass wir gestern erst aufgefordert wurden zu nominieren. Aber besonders ärgerlich finde ich, dass dieser Antrag über 2 Jahre abliegt, bevor er überhaupt bearbeitet wird. Wir werden dem Antrag der ÖVP im 2. Punkt zustimmen, wo es um diesen Tarifbeirat geht. Ich wundere mich und reklamiere die vielgerühmte Wirtschaftskompetenz der ÖVP, aber in Punkt 1 und 3. Denn, wir alle wissen, dass man bei einer Aktiengesellschaft nicht so leicht Vorgaben machen kann, das ist immer wieder hier Thema. Deswegen auch eine der ganz schlechten Entscheidungen von ÖVP und SPÖ, zugunsten einer AG. Ja, man hat sich diese Form offenen Auges gewählt und wir alle leiden jetzt darunter. Und dann schreiben Sie unter Punkt 1 und 3 rein, die Aktiengesellschaft soll sich an die Beschlüsse des Tarifbeirates halten? Im Übrigen, der Tarifbeirat ist ein beratendes Gremium. Wie der Name schon sagt. *(LTAbg. Mag. Drexler: „Empfehlung!“)* Aber verpflichtend, Herr Kollege, trotzdem, ich bleibe bei meiner Kritik an der Wirtschaftskompetenz der ÖVP. *(LTAbg. Mag. Drexler: Empfehlungen – dass man sich an Empfehlungen halten soll.“)* Der Antrag der KPÖ, ich habe vorhin gesagt, wir werden ihm nicht zustimmen, weil wir für eine soziale und ökologische Gestaltung der Tarife sind.

(LTAbg. Mag. Drexler: „Ammenmärchen.“) *(LR Ing. Wegscheider: „Drinne steht ‚zwingend einzuhalten‘.“)* Herr Kollege Drexler, weil er sich jetzt schon wieder so echauffiert. Er hat heute was ganz Gescheites gesagt, ja, einiges, und zwar hat er gesagt, man möge den Umfang und die Verantwortung der eigenen Aufgabe erkennen. Ja, ja, ja. Aber auch gerichtet an die ÖVP und ihre gesamten Regierungsmitglieder, gerichtet an alle Regierungsmitglieder der SPÖ, gerichtet an den Landtag. Wir nehmen die Aufgabe, unsere Aufgabe im Bezug auf Energieversorgung jederzeit und immer wahr, Herr Kollege. Auch auf die Gefahr hin, dass da manche Leute das Gefühl haben, das

haben sie schon x-mal gehört, das ist das Problem. (LTabg. Riebenbauer: „In der Theorie oder in der Praxis?“) Sie haben es gehört, aber sie nehmen es nicht ernst und sie tun es nicht, obwohl sie anderes behaupten. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei den Grünen – 10.33 Uhr)

Präsident: Dankeschön. Als nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Murgg. Ich erteile es ihm.

LTabg. Dr. Murgg (10.34 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen, Zuhörerinnen, Zuhörer sind auch noch da!

Ich möchte auch ein paar Gedanken zur heutigen Energiepreis-Gaspreis-Debatte einbringen. Vielleicht, in staccato, es ist ja Vieles schon gesagt worden und die Argumente ähneln ja im Wesentlichen denjenigen, die wir hier, ich glaube, wir haben schon 3- oder 4-mal im Rahmen derartiger Dringlicher Anfragen, eine ist auch von uns gekommen, über dieses Thema debattiert. Da darf ich gleich mit einer Bitte an Sie, Herr Landeshauptmann, eingangs herantreten: Anlässlich unserer Dringenden Anfrage haben Sie einige von mir gestellte Anfragen nicht beantworten können/wollen. Bei manchen haben Sie sich auf eine gewisse Geheimhaltung ausgedet. Sie haben damals allerdings versprochen, einen Teil dieser Anfragen in einer vertraulichen Sitzung des Finanzausschusses zu debattieren, beantworten zu wollen. Das ist jetzt auch wieder einige Monate her. Ich darf Sie ersuchen, vielleicht im Anschluss an meine Wortmeldungen, noch etwas dazu zu sagen, wann jetzt diese Sitzung einberufen wird und wann wir hier Aufklärung über zumindest einige der von Ihnen nicht beantworteten Fragen bekommen.

Energiepreise: Das gilt für Strom, das gilt für das Gas, es gilt im übrigen auch für andere Energieträger. Hier, der Weg der Boni, und hier der Weg der allgemeinen Sozialverträglichkeit. Wir als KPÖ, und das sage ich hier mit aller Deutlichkeit, halten es für falsch, dass man die Energiepreise quer durch die Bank, so wie es jetzt passiert, radikal erhöht und dann mit Dividenden, die man einnimmt, gieskannenmäßig wieder sozusagen einen Teil dieser Energiepreiserhöhungen zurückgibt. Noch dazu, wo das in dem konkreten Fall der Energie Steiermark AG, ob das jetzt die Gas-Wärme ist oder die Stew eag/Steg, ja so passiert, dass letztlich die Steirerinnen und Steirer sich dann die Boni selbst zahlen, da es ja nur von der Dividende ausgeschüttet wird, die wir als Dreiviertel-Eigentümer kassieren, während der Minderheitsaktionär sich die Taschen voll stopft. Also wir meinen, der richtige Weg wäre, eine allgemeine soziale Preisgestaltung zu machen. Da muss ich auch Ihnen widersprechen, liebe Kollegin Lechner-Sonnek, mir ist das „blunznwurscht“, wenn da der Generaldirektor auch von einer sozialen Tarifgestaltung profitiert, er zahlt ja, wenn es nach uns geht, ordentliche Steuern und er sollte dann genauso von dieser gesamten sozialen Tarifgestaltung etwas profitieren und so viele Generaldirektoren haben wir in der Steiermark nicht. Im Übrigen ist diese Tarifgestaltung, die wir haben, mit der Ausschüttung der Boni oder führt diese Tarifgestaltung dazu,

dass wir letztlich immer mehr wirklich Bedürftige selber schaffen, die dann von dieser Boni-Ausschüttung profitieren müssen, weil die normalen Energiepreise sich ja Mittelschicht-Haushalte nicht mehr leisten können. Das ist der falsche Weg! Jetzt sagt der Landeshauptmann immer, ja, das geht alles nicht, weil es da diese Syndikatsverträge gibt. Wir sind hier 56 Männer und Frauen, die über die Geschicke und Probleme der Steiermark diskutieren, debattieren, Gesetzesvorschläge machen, aber ich kenne, wir alle kennen diese Syndikatsverträge nicht. Kennen Sie sie überhaupt, Herr Landeshauptmann? Ich bin mir auch nicht mehr ganz sicher, ob Sie wirklich wissen, was in diesen Syndikatsverträgen drinnen steht. Legen Sie diese Syndikatsverträge in ihrem wirklich essentiellen Gehalt einmal vor und verschanzen Sie sich nicht immer dahinter, dass Sie sagen, das geht alles nicht, weil das ist seinerzeit bei dem Verkauf der Anteile der Energie Steiermark an die EdF leider so passiert, dass man heute nichts mehr machen kann.

Jetzt komme ich noch zum Tarifbeirat: Herr Klubobmann Drexler, jetzt ist er nicht da, irrt, dieser Tarifbeirat ist nicht einstimmig beschlossen worden. Wir waren dagegen, mit gutem Grund und zwar deswegen, weil er von vorneherein zahnlos ist. Ja, zahnlos, man kann es ruhig so sagen. Ich beziehe mich da auf einen Punkt, wo es darum geht, wann der Tarifbeirat sich auch einschalten sollte und da heißt es: „...vor beabsichtigten Änderungen der Endverbrauchertarife eines Landesenergieversorgers, sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht, sofern der Beirat dies für notwendig erachtet. Ja, da kann der Kollege Drexler dann meinetwegen dort sagen, es ist notwendig, darüber zu diskutieren, jetzt sind die Gaspreise erhöht, wenn die anderen Beiratmitglieder sagen, das machen wir nicht, dann kann er sich brausen. Das haben wir von vorneherein so gesehen und deswegen haben wir dieser Bestimmung nicht zugestimmt. Ich meine, der Tarifbeirat hat natürlich, wenn es eine qualitative und quantitative Änderung gibt, automatisch sich damit zu befassen und nicht wenn es der Mehrheit der Beiratsmitglieder gefällt.

Jetzt 2 kurze an die ÖVP – ich würde wirklich ersuchen, dass Sie sich noch einmal zu Wort melden – Fragen. Eine kürzere Frage, das ist die unwichtigere, mache ich zuerst, dann die wichtige an den Landeshauptmann. Wir haben heute gehört, Herr Klubobmann Kaltenegger hat es dankenswerter Weise gesagt, Sie fahren hier eine Zwei-Firmen-Strategie, also da tun Sie sich aufregen und in Graz wird unser Antrag, dass man eben auch gegen die Gaspreiserhöhung auftritt, von Ihnen, mit Ihrer Stimme niedergestimmt. Ich halte das eigentlich demokratiepolitisch für bedenklich, weil das die Politikverdrossenheit schürt und die Bürgerinnen und Bürger in steigendem Maße dazu verleitet, dass sie das, was wir hier machen, nicht ernst nehmen.

Das Zweite und da hat mir ja der Landeshauptmann heute einen Wink gegeben: Ich gehe davon aus, dass es richtig ist, was Sie gesagt haben. Da gibt es also einen Vorschlag von Ihrer Seite, hier die Geschäftsordnung zu ändern, dass auch der Aufsichtsrat über die Tarifgestaltung einen Einfluss nehmen könnte und das wäre, so habe ich gehört, von den ÖVP-Aufsichtsräten nicht goutiert und

niedergestimmt worden und deswegen kommt das nicht. Also wenn das stimmt, das ist ja ungeheuerlich! Also ich würde da schon gerne einmal von der ÖVP hören, was sie dazu zu sagen hat. Jetzt abschließend 2, 3 Fragen an Sie, Herr Landeshauptmann, bezüglich des von Ihrer Fraktion heute vorgestellten Dringlichkeitsantrages. Natürlich werden wir dem grosso modo gesprochen zustimmen. Na-net, werden wir ein Aussetzen für die Haushalte bis 20.000 wollen, dass sie eben das zurückkriegten. Aber einige Fragen habe ich dazu doch. Sie sagen jetzt oder ich habe es von Abgeordneten der Sozialdemokratie gehört, 20.000 Kilowatt, also da ist jeder Haushalt mehr oder weniger ausgenommen, weil wer mehr braucht, das ist schon ein Klein- und Mittelbetrieb, also Mittelbetrieb nicht, aber Gewerbebetrieb. Jetzt haben Sie aber angeblich bei der Pressekonferenz gesagt, 3/4 der Haushalte. Also wie ist das jetzt? Wie viele Haushalte sind da tatsächlich betroffen. Ich persönlich weiß es nicht mit dieser 20.000 Kilowatt-Regelung. Dann, wenn da nicht tatsächlich alle Haushalte betroffen sind, was passiert mit einem Haushalt, der kann eventuell auch in einem alten Einfamilienhaus wohnen, schlecht gedämmt, niederes Einkommen, Pensionistenehepaar und die brauchen 20.050 Kilowatt. Jetzt kriegt der überhaupt nichts mehr. Könnte man da nicht an eine Einschleifregelung denken, also dass man sagt, bis 20.000 kriegt er es, was darüber ist, natürlich nicht einer mit 40.000, das ist schon klar, aber vielleicht bis 21.000 oder so irgendwie. (*Unruhe unter den Abgeordneten der ÖVP*) Noch am Wort bin ich! Also auch dazu hätte ich gerne noch eine Auskunft. Und das Letzte, für wie lange gilt das eigentlich? Gilt das jetzt tatsächlich einmalig oder ist das, wenn die Erhöhung noch höher wird nächstes Jahr, ist daran wieder gedacht. Weil sonst sind wir wirklich nur bei den punktuellen – Sie haben es vielleicht anders gemeint, Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek – mit dem Pflaster, also das ist dann wirklich nur ein Notverband und wird also a la long recht wenig bringen.

Ich bitte da auf meine Fragen noch eine Antwort zu geben und auch an Sie, Herr Klubobmann oder jemand anderen, vielleicht können Sie noch einmal wirklich zur Zwei-Firmen-Strategie der ÖVP sagen, weil die Menschen in der Steiermark verstehen das so nicht. Danke.

(*Beifall bei der KPÖ – 10.43 Uhr*)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Mag. Voves (10.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Murgg, ich darf Ihnen sagen, dass das Angebot jederzeit steht, dass Expertinnen und Experten auch der ESTAG sich den Detailfragen stellen. Das ist sofort organisierbar und ich habe soeben meine Bürochefin gebeten, dass Sie mit Ihnen in Kontakt tritt und dass wir schauen, wann der Finanzausschuss sich damit auseinandersetzen möchte.

Zum Zweiten, Sie haben völlig richtig festgestellt, die Satzung, die 2004 von meiner Amtsvorgängerin noch entsprechend fixiert wurde, sieht die Einstimmigkeit aller Kapitalvertreter vor, damit natürlich auch die des Landes, aller Delegierten des Landes, um das Thema Tarifpolitik auf die Aufsichtsratsebene heben zu können. Daher habe ich gesagt, das ist doppelbödig, hier zu verlangen, wir wollen das auflockern, wir wollen mehr Zugang, vielleicht auch mit dem Beirat, um wirklich in der Tarifpolitik besser informiert zu sein und entsprechende Empfehlungen aussprechen zu können. Da muss mir aber auch die ÖVP helfen, ich spreche das Wort helfen auch aus, im Interesse unserer Kunden, dass wir eine Einigkeit unter unseren Kapitalvertretern haben, dass wir das auch wollen, dass wir die Satzungen in die Richtung verändern, dass wir die tarifpolitischen Fragen jedenfalls wenn das Budget genehmigt wird, aller Tochtergesellschaften auf die Ebene des Aufsichtsrates heben.

Heute gibt es eine Satzung, die den Vorstand allein faktisch berechtigt, die Tarifpolitik zu fixieren. Das ist untragbar. Und das wäre ein erster vernünftiger Schritt im Zuge der Budgetgenehmigungen im Aufsichtsrat für die beiden großen Töchter zum Beispiel STGW und Steweg/Steg auch die tarifpolitischen Fragen dem Aufsichtsrat mit entsprechender Intensität zuzugestehen. Dann hätten wir auch eine Achse Beirat, Aufsichtsrat, wo man dann über Tarifpolitik wirklich wieder ins Gespräch käme. Der französische Partner hat interessanterweise signalisiert, dass er sich im Zuge der Budgetdiskussionen auch das Thema Tarifpolitik vorstellen kann. Die Vertreter, die von der ÖVP delegiert wurden, dies lässt sich ja per Protokoll alles nachvollziehen, haben leider diesem Vorschlag des Aufsichtsratspräsidenten nicht zugestimmt. Das ist traurig, weil das keine gemeinsame Politik ist.

(LTabg. Mag. Drexler: „Das ist ein neues Placebo. Das ist ein Placebo!“)

Nein, aber Herr Kollege Klubobmann, Mag. Drexler, das ist ein erster Schritt wieder zurück. *(LTabg. Mag. Drexler: „Nein, das ist ein Placebo!“)* Weil eines sage ich, den liberalisierten Markt, das wissen wir aber nicht nur in der steirischen ESTAG, den werden wir nicht von heute auf morgen – das Aktiengesetz komplett und Syndikatsverträge – über den Haufen schmeißen können, Du kannst es nur Schritt für Schritt. Und wenn die steirische Politik einstimmig unterwegs ist und einhellig in dieser Frage unterwegs ist, dann sollte uns das auch Schritt für Schritt gelingen und hat nichts mit Placebo zu tun. Und um das ersuche ist Sie. *(Beifall bei der SPÖ)* Das ist das, was die Frau Kollegin auch meint. *(Beifall bei der SPÖ – 10.47 Uhr)*

Präsident: Ich danke dem Herrn Landeshauptmann! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kasic. Ich erteile es ihm.

LTabg. Kasic (10.47 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte bei der Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek anschließen, weil sie zu Recht eingefordert hat, in manchen Bereichen eine sachliche Politik, eine vorausschauende Politik, dass wir insgesamt

Verantwortungsträger dieses Landes in manchen Dingen über vieles und vor allem über die Zukunft, die die Menschen in diesem Lande bewegt, nachdenken müssen.

Aber geschätzte Frau Klubobfrau, Ihnen ist sicher nicht unbemerkt geblieben, dass es Verantwortlichkeiten gibt. Ihnen ist nicht unbemerkt geblieben wahrscheinlich, dass es Verantwortliche gibt, die diese Verantwortung auch wahrnehmen sollen und auch wahrnehmen müssen, meine Damen und Herren! Und Verantwortung wahrnehmen bedeutet lenken, steuern, integrativ wirken und die Initiative ergreifen. Und geschätzte Frau Klubobfrau, nicht nur uns 56 Abgeordneten oder zumindest einem Großteil davon, sondern auch den Steirerinnen und Steirern ist nicht unbemerkt geblieben, dass genau dieses „Verantwortung wahrnehmen“, dass genau diese wichtige Funktion, die derjenige, der eine Landesregierung an der Spitze anführt, wahrnehmen soll, nicht wahrnimmt.

Landeshauptmann Franz Voves, meine Damen und Herren, ist schuld in diesem Land, dass diese Verantwortung nicht wahrgenommen wird und dass wir heute dort stehen, wo wir leider stehen.

(Beifall bei der ÖVP)

Und genau deswegen, geschätzte Klubobfrau, weil Sie es angesprochen haben, haben wir zum vierten Mal diese Diskussion, haben wir zum vierten Mal diese Diskussion, weil Sie, Herr Landeshauptmann, verantwortlich sind für diese Energiepreiserhöhung in diesem Land. Sie sind verantwortlich dafür, dass den Menschen immer mehr Geld aus der Tasche gezogen wird, Sie sind verantwortlich dafür, dass die Menschen für die Energie in diesem Land weit mehr bezahlen müssen. Und diese Verantwortung können Sie nicht leugnen, Herr Landeshauptmann, und wir von der ÖVP werden und wollen Sie aus dieser Verantwortung auch nicht entlassen. *(Landesrat Ing. Wegscheider: „Kommen Sie aus der Wirtschaft Herr Kasic?“)*

Meine geschätzten Damen und Herren, aber noch etwas. Die ÖVP hat nie die Senkung der Energiepreise gefordert. *(Landeshauptmann Mag. Voves: „Nicht um 12 %!“)* Wir haben nie gefordert, unter dem Einstandspreis zu verkaufen, Herr Landeshauptmann. *(Landeshauptmann Mag. Voves: „Was ist mit den 12 %?“)* Das was Sie hier alles in den Raum gestellt haben, wir wollen unter dem Einstandspreis verkaufen, stimmt nicht. Was wir wollen, Herr Landeshauptmann ist, dass jene Erhöhungen, die Sie zu verantworten haben, zurückgenommen werden. Wir wollen keine weiteren Erhöhungen. Das hat dieser Landtag einstimmig beschlossen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Was machen aber Sie, Herr Landeshauptmann? Sie lehnen sich zurück, Sie versuchen in einem sehr schwierigen Umfeld, in der sich insgesamt die Weltwirtschaft befindet, Sie versuchen, Herr Landeshauptmann, in einer Zeit, wo es um Finanzkrise geht, wo die Zeitungen auch voll mit anderen Unglücksfällen in diesem Land sind, *(Landesrat Ing. Wegscheider: „Wenn der Markt nicht funktioniert!“)* in diesem Umfeld, Herr Landeshauptmann, haben Sie versucht, diese Preiserhöhung durchzudrücken. Sie wollten diese Krisen, die es gibt und das was an Unglücklichem vorigen Samstag

passiert ist, nutzen, um zu sagen, da wird keiner darauf hören. Das, Herr Landeshauptmann, ist einfach mies. Das wollen wir uns nicht gefallen lassen.

Und ein Zweites. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Unverständener Zwischenruf!“*)

Herr Landesrat, zu Ihnen komme ich dann schon noch, keine Sorge!

Ein Zweites, Herr Landeshauptmann, das was Sie heute um 8.30 Uhr aufgeführt haben in Ihrem Pressegespräch, (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Aufgeführt?“*) ist ja überhaupt ein doppelbödiges Spiel. (*LTabg. Kröpfl: „Jetzt musst Dich fürchten anfangen!“*) Und liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Kollegin Kaufmann, wissen Sie, was in Ihrem Antrag steht, in dem Entschließungsantrag? Da steht drinnen bitte, „...die Landesregierung wird aufgefordert usw., diesen Gaspreisbonus.... das Land hat die Kosten dafür aus den für die Gewährung des Strombonus verbliebenen Mitteln zu tragen.“ Herr Landeshauptmann, ich frage Sie, führen Sie kein Gespräch mit Ihrem Landeshauptmannstellvertreter? Führen Sie kein Gespräch mit dem aus Ihren Reihen Verhandlungsführenden für die Budgetdebatte? Der will nämlich genau diese verbliebenen Mittel, und das hat er bereits beim Finanzlandesrat eingefordert, diese verbliebenen Mittel für den Heizkostenzuschuss verwenden. Das ist doch doppelbödig. Oder wollen Sie uns erklären, dass man das gleiche Geld zweimal ausgeben darf? Diese Wirtschaftspolitik verstehen wir nicht, Herr Landeshauptmann. (*Landeshauptmann Mag. Voves: „Wissen Sie wie viel?“*) Sie wollen diese gesamten verbliebenen Mittel für den Gasbonus und Kollege Flecker will sie für den Heizkostenzuschuss. Einen Euro zweimal ausgeben, sind zwei Euro. Das, Herr Landeshauptmann, ist auch eine Politik, die doppelbödig ist und die aufgezeigt gehört und die wir uns nicht gefallen lassen wollen. (*Beifall bei der ÖVP*)

Aber Sie wollen ja auch etwas anderes. Und damit das nicht untergeht, soll es noch einmal erwähnt werden. Herr Landeshauptmann, während die Menschen mehr für die Energiepreise zahlen sollen, während sozusagen unter Ihrer Verantwortung das Geld aus der Tasche gezogen wird, verlangen Sie, dass die Gage der Aufsichtsräte, die Gage Ihres lieben Freundes, Einflüsterers, Mentors, was auch immer, Aufsichtsratsvorsitzenden Schachner-Blazizek, deutlich erhöht wird. Deutlich erhöht, meine Damen und Herren! Auf der einen Seite sich da herzustellen, zu sagen, wir müssen einen Strombonus den Menschen geben, zuerst erhöhen wir die Preise, dann geben wir wieder ein bisschen Geld aus, weil dann darf ich dann ein Briefchen schreiben und auf der anderen Seite wollen Sie die Gagen der Aufsichtsräte in diesem Konzern erhöhen. Mit uns nicht, Herr Landeshauptmann! Das kann es nicht sein! (*Beifall bei der ÖVP*)

Und ein Letztes noch, weil ich gesagt habe, Herr Landesrat Wegscheider, dieser Tarifbeirat. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Das liegt aber nicht in meiner Kompetenz!“*) Wissen Sie, es ist schon interessant, dass vom 1. Juli Gesetzesbeschluss bis 30. August einmal nichts passiert ist bis das Gesetz rechtskräftig wurde. In der Zwischenzeit hätte man sich schon einiges überlegen können und nicht erst am 1. September mit den Arbeiten beginnen, dann braucht man bis 15. Oktober 45 Tage, um die

Betroffenen einzuladen, Kandidaten bzw. Vertreter zu entsenden und in der Zeitung begründen Sie das auch noch damit, dass eine Geschäftsordnung erstellt wird. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Das glaube ich schon!“*) Das ist ein bisschen ein eigenartiges Verständnis, denn einerseits gibt es ja von einigen Beiräten Mustergeschäftsordnungen, an die man sich anlehnen kann. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Sie brauchen keine, weil Sie fahren drüber über die Geschäftsordnung!“*) Und zum Zweiten, Herr Landesrat, vom Verständnis her, wissen Sie, steht auch im Gesetz drinnen, dass der Beirat sich diese Geschäftsordnung gibt und beschließt mit Zweidrittelmehrheit. Der Beirat, der nicht einmal noch konstituiert wurde, der sich die Geschäftsordnung gibt und beschließen soll, soll von Ihnen jetzt eine Ausgabe auf das Auge gedruckt bekommen. Das ist doch eine eigenartige Einstellung und Mentalität, wie Sie offensichtlich mit Demokratie umgehen. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Ich habe immer geglaubt, Sie sind ein Praktiker, aber Sie sind tatsächlich ein Theoretiker. Ein praktischer Theoretiker!“*)

Und ein Letztes, Herr Landeshauptmann, wir wollen Sie nicht aus der Verantwortung entlassen. Vor der Wahl ist offensichtlich nicht nach der Wahl. Sie haben vor der Wahl den Menschen vorgegaukelt, dass – wenn Sie Landeshauptmann sind – alles anders, alles besser wird. Die Menschen wissen, dass es deutlich schlechter, deutlich teurer geworden ist.

Die Menschen wissen auch, Herr Landeshauptmann, dass das, was Sie vor der Wahl versprochen haben, von Ihnen nicht eingehalten wird. Sie fallen, wie auch andere SPÖ Politiker, offensichtlich im Liegen um. Am 15.04.2004 haben Sie erklärt, - das was Sie jetzt sagen, man muss darüber reden und darüber verhandeln und alle einbeziehen – dass das nicht notwendig ist, weil Klasnic als Beteiligungsreferentin und Landeshauptfrau allein verantwortlich ist und die Rücknahme der Strompreiserhöhung umgehend anordnen kann. (*LTAvg. Straßberger: „Das ist unglaublich!“*) 15.04.2004 auf der Homepage der SPÖ auch nachzulesen gewesen. Herr Landeshauptmann, was hat sich denn geändert? Jetzt auf einmal sagen Sie: „Kann überhaupt nichts machen; bin nicht zuständig; internationale Märkte; Putin ist schuld“, nur Sie nicht und im Jahr 2004 haben Sie Inserate geschaltet: „Frau Landeshauptmann, ich appelliere an Sie als EStAG-Verantwortliche, die geplante Erhöhung für die Steiermark doch noch abzuwenden“. Aussetzen der Preiserhöhung haben Sie gefordert. Preisgarantie für 2004. „Was ist los in der Steiermark? Mehr Gefühl für Angemessenheit braucht das Land“. (*LTAvg. Straßberger: „Super!“*) Herr Landeshauptmann, genau das ist es. Sie können sich dieses Inserat selbst bitte schalten und sagen, Herr Landeshauptmann wir appellieren an Sie hier endlich tätig zu werden, sich an das zu erinnern, was Sie damals gefordert haben und das auch endlich einzuhalten. (*Beifall bei der ÖVP – Glockenzeichen des Präsidenten*) Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Darf einen Entschließungsantrag der ÖVP Fraktion noch einbringen. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Sie kommen in der Politik nicht weiter, weil Sie immer die Inserate lesen!“*) Als Begründung: Die von der Energie Steiermark AG angekündigte Erhöhung des Gaspreises um 25,7 % stellt für die betroffenen Haushalte eine unzumutbare Belastung dar und kann in dieser Form nicht

akzeptiert werden. Bedauerlicherweise wurde der laut Landesgesetz vom 1. Juli 2008 einzurichtender Energie-Tarif-Beirat bisher nicht konstituiert, weshalb er mit dieser Preiserhöhung auch nicht befasst werden konnte. Es wird daher vorgeschlagen, die Gaspreiserhöhung bis zur Vorlage einer Empfehlung des Energie-Tarif-Beirates auszusetzen.

Es wird daher der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. umgehend alle Maßnahmen zu ergreifen, damit die Erhöhung der Gaspreise ausgesetzt wird,
2. umgehend den Energie-Tarif-Beirat zu konstituieren, diesen mit der geplanten Gaspreiserhöhung zu befassen und hiefür alle erforderlichen Unterlagen bereitzustellen sowie
3. die nachfolgende Empfehlung des Energie-Tarif-Beirates zwingend (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Zwingend?“*) einzuhalten.

Als Letztes, ich glaube die Kollegen der SPÖ haben es angesprochen was die Strompreisaktionen betrifft, diese Strompreisaktionen ... (*Präsident: „Kollege Kasic, es wäre normaler Weise auch die Einbringung des Entschließungsantrages in die Redezeit einzubinden. Jetzt haben Sie das nachher gemacht. Das habe ich auch toleriert. Aber um die Debatte neuerlich zu beginnen, würde ich um eine neuerliche Wortmeldung bitten!“*) Machen Sie gerade den Schlusssatz, Herr Präsident. Werden Sie mich nachher nochmals melden. Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP – 10.59 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Kröpfl. Ich erteile es ihm.

LTabg. Kröpfl (10.59 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, verehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Anscheinend ist das Interesse auf der Zuhörerbank ja nicht so groß bei diesem Thema. Wahrscheinlich weil es schon die vierte Auflage ist. Daher ist der Besuch eher rückläufig, möchte ich eingangs feststellen, verehrte Damen und Herren. Ich will aber jetzt gar nicht die ganze Diskussion noch einmal anheizen. Da wäre so viel zu sagen, was von der Seite der ÖVP immer wieder kommt. Aber wie gesagt, die vierte Auflage, keine neuen Argumente von der ÖVP. Also, was soll man da jetzt überhaupt noch groß hinein hauen. (*LTabg. Kasic: „Dem Herrn Landeshauptmann fällt auch nichts anderes ein als zu erhöhen!“*) Bitte, schaut euch in den Spiegel, schaut euch die Vergangenheit an, dann wisst ihr woher diese ganze Problematik kommt. Und dann noch eines, weil das wirklich zu dieser Doppelzüngigkeit von euch gehört. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, schaut ganz einfach einmal, und der Herr Kollege Kaltenecker hat es angeführt, schaut ganz einfach in die Stadt Graz. Preiserhöhung 17 % beschlossen, ÖVP mit den Grünen. Ich vermisse bis jetzt, Kollege Kasic, ist ja ein Freund von Dir, (*LTabg. Mag. Drexler: „Woher bekommen die ihr Gas?“*) ich vermisse bis jetzt, dass der Herr Bürgermeister Nagl auch nur ein einziges Wort (*LTabg. Kasic: „Unverständlicher Zwischenruf!“*) Lass mich ausreden. Entschuldige, was bist Du denn immer so

nervös, wenn ich da vorne stehe. Ganz ruhig. Ich war ja auch ganz ruhig wie Du geredet hast. Ich habe mich auch nicht aufgeregt darüber. (LTAvg. Kasic: „Gibt es ja auch keinen Grund dazu!“) Na ja gut, bei Deiner Wortmeldung hätte ich mich wahnsinnig aufregen können. Aber ich weiß, wie sie gemeint ist, Deine Wortmeldung. Du musst da rausgehen und Deine Rolle spielen. Verstehe ich ja, ist ja alles ok. Aber, lass mich den Gedanken zu Ende führen. Ich vermisse jetzt, Herr Kollege Kasic, eine soziale Maßnahme in der Stadt Graz. Der Herr Bürgermeister Nagl, der noch vor der Wahl groß verkündet hat: „Kommt überhaupt nicht in Frage, dass es eine Erhöhung gibt. Ist ja Wahnsinn, das können wir nicht machen. Ist ja unsozial“ usw. Jetzt kommt diese Erhöhung ohne eine soziale Maßnahme. Ja, wo bleibt da euer soziales Gewissen? Aber euer Landeshauptmannstellvertreter hat eh schon gesagt, dass das bei der ÖVP schwer zu finden ist. (LTAvg. Prutsch: „Wo ist der Landeshauptmannstellvertreter?“) Daher haben wir dieses Problem. Eine zweite Geschichte noch, dann höre ich schon mit der Sache auf. In Niederösterreich gibt es, glaube ich, einen ÖVP Landeshauptmann. (LTAvg. Prutsch: Wo ist der Schützenhöfer?“) Da hat es einen Antrag der SPÖ Fraktion gegeben, dass man diese Preiserhöhung beim Gas abfedern kann. Mit den Stimmen der ÖVP ist man da drüber gefahren und hat dem nicht zugestimmt. 28 % gibt es dort an Preiserhöhung. Keine Aufregung da, keine Aufregung bei der steirischen ÖVP, keine Aufregung beim Verbund. (LTAvg. Mag. Drexler: „Warum ist bei der Steirischen SPÖ keine Aufregung, wenn es bei der Niederösterreichischen SPÖ eine war?“) Überhaupt nicht. Wir wissen ja, lieber Kollege Drexler, wir wissen wie solche Preisgestaltungen funktionieren. Ihr wisst es auch, lieber Kollege Drexler. (Unruhe bei der ÖVP – LTAvg. Kasic: „Unverständener Zwischenruf!“) Soll ich Dir ein paar Zitate rausholen aus dem Jahr 2004, was euer damalig zuständiger Landesrat Paieryl gesagt hat. Anscheinend vergesst Ihr so leicht. (LTAvg. Prutsch: „Wo ist der Schützenhöfer?“) Der Herr Landesrat Paieryl am 27.01.2004, und da hat er im Vorfeld einmal erklärt, er hat das im eigenen Klub erst einmal klar machen müssen, damit sich die Abgeordneten auskennen, was der Unterschied zwischen einer AG und einer GesmbH. ist. Und da hat er dann, Zitat aus dem Wortprotokoll – hör zu, damit Du das dann nicht vergisst. Weil das gibt es auch schon seit 2004.

„In den AGs gibt es zum Unterschied von GesmbHs keine Eigentümerweisungen“. Das hat Paieryl damals gesagt und das gilt auch noch heute. Genau das gilt auch noch heute. (Beifall bei der SPÖ) Und wenn wir uns dann bemühen ... (Unruhe bei der ÖVP – LTAvg. Straßberger: „Geh, geh!“ – LTAvg. Kasic: „Unverständener Zwischenruf!“) Genau, das ist uns damals. Schau, ich weiß. Ihr habt wahrscheinlich kein Geld für neue Taferln, weil Euch diese Wahlkämpfe, die Ihr immer wieder provoziert, soviel Geld kosten. Jetzt seid iIhr froh, dass wir damals diese Taferln gemacht haben. (LTAvg. Straßberger: „Geh, geh!“) Das finde ich eh gut. Aber warum sind diese ... (LTAvg. Straßberger: „Hör auf!“)

Ich erkläre das jetzt auch zum fünften Mal wahrscheinlich hier im Landtag, wie es damals zu diesen Taferln gekommen ist. Zum fünften Mal glaube ich schon. Damals war die EStAG vor einer Situation,

wo man nicht gewusst hat, kann dieses Unternehmen weiterbestehen oder nicht weiterbestehen. Und damals hat man versucht, diese Finanzmisere, in die man sich selber hineinmanövriert hat, in dem man geglaubt hat, das Geld ist abgeschafft bei der EStAG, hat man dann versucht über eine Strompreiserhöhung noch dazu ein Geld zu lukrieren, um das Unternehmen zu retten, verehrte Damen und Herren. Und deswegen haben wir damals gesagt, das kann es nicht geben. Wenn ein Unternehmen an die Wand gefahren wird, dann muss erstens einmal die politische Verantwortung geklärt werden. Deswegen hat es auch den Untersuchungsausschuss gegeben und dann muss man zweitens natürlich auch feststellen, dass es so nicht passieren kann, dass man das auf die Kunden abwälzt. Deswegen damals diese Taferl, deswegen auch der Strombonus, den wir damals eingeführt haben. Weil die Strompreiserhöhung auch nicht rückgängig gemacht werden konnte.

Aber jetzt noch eines bevor ich dann zu den Anträgen komme. (*LTabg. Prutsch: „Wo ist der Schützenhöfer und der Buchmann?“*) Aber der Kollege Kasic hat gerade früher wieder unseren Wahlslogan, der euch ja verdammt weh tun muss, immer wieder zitiert. Aber er zitiert ihn leider falsch. Wir haben damals geschrieben: „Vieles anders, vieles besser!“ Und wenn man unser 10-Punkte Programm hernimmt, mit dem wir damals in die Wahl gegangen sind, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann können Sie von diesen 10 Punkten bereits 7 abhaken. Die sind erledigt und die anderen drei, die wir nicht erledigen können, da müssten wir schauen, da müsst Ihr Euch selber bei der ÖVP sagen, weil Ihr das verhindert. (*Beifall bei der SPÖ*) Und diese drei Punkte stehen sogar auch im Arbeitsübereinkommen. (*LTabg. Mag. Drexler: „Unverständener Zwischenruf!“*) Ja, das steht im Arbeitsübereinkommen drinnen. Und ein wesentlicher Punkt, über den werden wir ja heute noch diskutieren.

Aber jetzt komme ich zu den Entschließungsanträgen. Einmal zuerst zu den von der SPÖ. Er wurde ja bereits eingebracht. Über eine Einschleifregelung, was der Kollege Murgg hier dargestellt hat, also der Wunsch der da gekommen ist, über den wird man sich noch Gedanken machen können, glaube ich. Aber eines muss uns allen bewusst sein, irgendwo muss eine Grenze gezogen werden, weil sonst gibt es immer einen, der um 50 Cent drüber ist und dann fällt der wieder raus. Dann sagt der mit Recht, warum ich und nicht der andere. Das haben wir ja leider auch in vielen anderen Bereichen.

Ob das eine Einmalaktion sein wird, das werden wir bei der Preisentwicklung sehen, wenn sich die Weltmarktpreise so weiterentwickeln, dass das so steigt, wird es nicht bei einer Einmalaktion bleiben können. Da wird man das wieder einsetzen müssen, dieses Instrument, weil es – wie der Herr Landeshauptmann erklärt hat – das einzige ist, das das Land wirklich aktiv für die Leute machen kann. Ein Problem vom Kollegen Kaltenecker, das ist richtig angesprochen, ich habe das schon gesagt. Also was diese Wohnhausanlagen betrifft, das wird man sich anschauen müssen, dass die dort nicht raus fallen, die dann über 20.000 KW kommen, weil die Gaswärmegesellschaft hat ja nur einen Kunden und die weiß dann nicht, wie es auf die anderen aufgeteilt wird. Also das werden wir uns sehr genau anschauen.

Aber was bei dieser Form jetzt ganz besonders ins Auge sticht, ist natürlich, dass wir diesmal eine Auszahlung vornehmen können, wo es keine Einkommensnachweise gibt. Wo niemand hingehen muss und sagen muss, ich habe dieses oder jenes Einkommen. Du brauchst auch keine Ansuchen dazu stellen, Du brauchst nicht ansuchen gehen und sagen, ich bin ein Bittsteller und ich möchte das gerne. Das wird die Gaswärmegesellschaft von Haus aus machen. Und der Verwaltungsaufwand wird dadurch auch sehr, sehr gering sein, verehrte Damen und Herren. Das möchte ich nur zu unserem Entschließungsantrag sagen.

Zum Entschließungsantrag der ÖVP muss ich schon ein paar Punkte erwähnen. Die Frau Lechner-Sonnek hat das früher schon dargelegt und hat gesagt, ja der Ausschuss hat zwei Jahre dahingeschlummert. Verantwortlich dafür war Klubobmann Drexler, der diesen Unterausschuss hätte einberufen müssen. Aber ich bin froh, dass wir jetzt zu einer Einigung gekommen sind und dass es diesen Tarifbeirat geben wird. (*Landesrat Ing. Wegscheider: „Das hat aber lange gedauert beim Drexler!“*)

Ja, aber zwei Jahre gegenüber einem Monat ist ein relativ großer Abstand, muss man sagen. Wenn man Dir vorwirft, dass Du nicht so schnell warst, dann muss ich sagen, zwei Jahre ist ein relativ langer Zeitraum im Verhältnis dazu.

Eines nach dazu zum Punkt 2 eures Antrages und der ÖVP, dem können wir zustimmen. Aber dem Punkt 1 und dem Punkt 3, erlaubt mir bitte, das können wir nicht machen. Wir haben extra auch in diesem Unterausschuss darüber debattiert, ob wir irgendwelche Vorgaben an eine Aktiengesellschaft machen können und haben dort eindeutig festgestellt, dass Vorgaben nicht möglich sind. Wir können beraten. Wir können uns die Entwicklungen anschauen, wir können beraten und dann eine Empfehlung abgeben. Aber dass die dann zwingend umgesetzt wird, so wie es da hier, da drinnen heißt, zwingend umgesetzt wird, (*LTAvg. Straßberger: „Unverständlicher Zwischenruf!“*) was ist denn, horch doch zu, Ihr habt doch „zwingend“ hineingeschrieben und nicht ich, das ist ja euer Antrag, Kollege Straßberger. Da steht drinnen „zwingend“ und Du weißt, dass das nicht geht, zwingend vorzuschreiben. Und das haben wir auch im Unterausschuss sehr, sehr ausführlich behandelt, Kollege Straßberger., Du warst dort, glaube ich, nicht dabei beim Unterausschuss. (*LTAvg. Straßberger: „Nein!“*)

Ja, macht ja nichts, ist ja egal! Aber dort haben wir das genau festgelegt und da kann ich nachher hergehen und sagen, zwingend ist das vorgeschrieben. Wir sollen als Tarifbeirat das Unternehmen beraten. Das werden wir wahrnehmen, in diese Richtung werden wir auch agieren. Und ich bin ganz zuversichtlich, dass wir in Zukunft über die Energiepolitik, wenn wir ehrlich diskutieren, wirklich gute Diskussionen abhalten können. Und wenn wir einiges auch davon aufnehmen, wie auch die Frau Kollegin Lechner-Sonnek heute hier gesagt hat, nämlich dass wir uns wirklich dorthin entwickeln, dass wir zu einer Region kommen, wo wir möglichst energieautonom werden können. Wir sind auf einem guten Weg dorthin, wie der Herr Landesrat sagt, das ist ein Prozess, der nicht von heute auf

morgen zu erledigen ist, aber wir sind auf dem Weg. Und wie heißt das chinesische Sprichwort? (*Glockenzeichen des Präsidenten*) „Auch der entfernteste Weg muss mit einem ersten Schritt begonnen werden!“ (*Beifall bei der SPÖ – 11.10 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wöhry. Ich erteile es ihm.

LTAbg. Dipl.Ing. Wöhry (11.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine Damen und Herren!

Mir tut der Walter Kröpfl als Klubobmann der SPÖ schön langsam Leid (*LTAbg. Kröpfl: „Aber geh, ich nicht. Du musst Dir Leid tun!“*) bei diesen Debatten, weil er eigentlich immer darum bemüht ist, die Entwicklungen so darzustellen, als ob alle anderen an der Entwicklung schuld wären. Das eine ist, dass die Preiserhöhung Gott gewollt ist und das zweite Faktum ist, Du tust immer so, als ob es keine Versprechungen der SPÖ gegeben hätte. (*Mag. Drexler: „Das hat er hat vergessen!“*)

Als ob es keine Versprechungen der SPÖ gegeben hätte. Und wenn Du als einer der Spitzenrepräsentanten Deiner Partei vergisst, was Du im Jahr gemeinsam mit allen, die Ihr da sitzt zu unserer Linken, versprochen habt, dann ist das ein Kernproblem, das von Seiten der Politik nicht bewältigt werden kann. Ich spreche jetzt die Glaubwürdigkeit an. Alle jammern wir da herinnen, die Politik wird nicht ernst genommen, die Glaubwürdigkeit sinkt und, und, und. Und wenn ich mich aber daran erinnere, wie diese Entwicklung vor sich gegangen ist, so hat die SPÖ wahrlich einen großen Anteil am Verlust der Glaubwürdigkeit der Politik. Ich erinnere an die Versprechungen 2005 und ich erinnere an die Versprechungen 2006. Wie viel davon ist nicht eingehalten worden? (*LTAbg. Kröpfl: „Deswegen ist die ÖVP so stark gewählt worden bei der Nationalratswahl!“*) Und wenn Du Dich jetzt so herausstellst und so tust, als ob diese Debatte entbehrlich wäre, dann ist es eigentlich das Verschließen der Augen eines wichtigen Vertreters der Sozialdemokratie vor der politischen Realität. Faktum ist, in der Steiermark erleben wir zur Zeit eine noch nie dagewesene Gaspreiserhöhung, Faktum ist, vor Jahren ist versprochen worden, „wenn ich die Verantwortung trage, wird es das nicht geben“ und jetzt erkläre mir, wie man diese Diskrepanz zwischen Aussage und Handlung tatsächlich rechtfertigen kann. Für mich ist das nicht rechtfertigbar. (*Beifall bei der ÖVP*)

Ein besonderes Schmankerl hat der Herr Landesrat Wegscheider ja heute geliefert, leider ist er nicht da, wo er einen Philosophen..... (*LTAbg. Prutsch: „Wo ist der Schützenhöfer?“*) Ich wollte ihn direkt ansprechen darauf, ich würde jetzt gerne mit ihm reden. (*LTAbg. Kröpfl: „Energiepolitik liegt nicht im Interesse des Herrn Landeshauptmannstellvertreters!“*) Ein Schmankerl hat der Herr Landesrat Wegscheider in seiner Wortmeldung geliefert und durch diese Wortmeldung erhellt sich natürlich für mich die Handlungsweise der SPÖ. Er hat einen berühmten Philosophen zitiert, der da sagt : „Was war, ist gewesen!“ Das bedeutet übertragen auf Ihre Handlungsweise nach diesen gebrochenen Versprechen nichts anderes als, „glaubt uns das vor der Wahl nicht, weil nachher wird sowieso alles

anders werden. Unsere Versprechen sind da, um gebrochen zu werden“. Und wenn das der Stil und der Inhalt der Politik ist, dann braucht kein einziger von uns da herinnen jemals nur jammern, dass wir nicht ernst genommen werden. Danke! (*Beifall bei der ÖVP – 11.13 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schönleitner. Ich erteile es ihm.

LTabg. Schönleitner (*11.14 Uhr*): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist eigentlich nur ein formaler Punkt zum Entschließungsantrag der ÖVP. Aber ich möchte vielleicht trotzdem noch kurz in zwei Sätzen etwas dazu sagen. Vielleicht was Konkretes, weil es immer hin- und hergeht, jetzt auch wieder vom Kollegen Wöhry, vorher vom Klubobmann Kröpfl, wer eben die Schuld trägt und warum nichts weitergeht.

Ich hätte zwei konkrete Vorschläge in Richtung ÖVP, Landesrat Seitinger und natürlich auch Wegscheider, wäre wichtig. Ich war unlängst bei einer Veranstaltung in der Wirtschaftskammer, „Zukunft ohne Öl“, da ist ein großer Wunsch nach der Technologie von bäuerlichen Pelletieranlagen entstanden. Das war ganz was Konkretes. Da kann man was Konkretes tun, da kann die Politik auch in diese Richtung, glaube ich, auch bahnbrechend sein und speziell für die bäuerlichen Betriebe heimische Wertschöpfung fördern. Das hat was mit Energiepolitik zu tun und geht in die Zukunft.

Und in Richtung SPÖ ist der Wunsch in der Obersteiermark, das war schon mehrmals ein Punkt hier herinnen auch, doch noch einmal aus der Investition in das deutsche Kohlekraftwerk Brunsbüttel auszusteigen. Denn wenn es um Energietarife geht, und um die geht es, geht es vor allem auch um Energieunabhängigkeit. Und es macht keinen Sinn, speziell in den Kommunen in der Obersteiermark in norddeutsche Kohlekraft zu investieren anstatt in die heimische Biomasse.

Ich komme jetzt aber zum Eigentlichen: Wir beantragen beim Entschließungsantrag der ÖVP die Punkte 1 bis 3 getrennt abzustimmen. Danke! (*Beifall bei den Grünen – 11.15 Uhr*)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Drexler.

LTabg. Mag. Drexler (*11.15 Uhr*): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Erlauben Sie mir, dass ich auch noch ganz kurz zu diesen Entschließungsanträgen Stellung nehme und vielleicht noch ein, zwei Anmerkungen mache. Zum einen darf ich zum wiederholten Male darauf hinweisen, dass wir die permanenten Erklärungen, wie das Aktienrecht in Österreich beschaffen sei, nicht brauchen. Das ist schon klar, wie das ist. Man muss sich aber bei einem Gesetz schon auch ein wenig um die ratio legis kümmern, also um den Sinn dessen, was drinnen steht. Und dass das Aktiengesetz natürlich in einer Vielzahl seiner Vorschriften von seiner grundsätzlichen Anlage her

von breit gestreuten Publikumsgesellschaften ausgeht, wo der einzelne Aktionär vor abgehoben agierenden Organen des Unternehmens geschützt werden muss. Das muss man schon auch sehen. Und dass es natürlich nicht der typische Fall für den Urgedanken einer Aktiengesellschaft ist, dass es ein oder zwei Eigentümer gibt. Und in einer Konstruktion, wo es zwei Eigentümer habe, noch dazu einen doch ziemlich überwiegenden Dreiviertel Eigentümer und einen Minderheitseigentümer, ist natürlich das Aktiengesetz einzuhalten. Aber der Zweck vieler Vorschriften erschließt sich natürlich erst, wenn man sich überlegt, welche Form einer Aktiengesellschaft oder Ausgestaltung damit gemeint ist und kann bei bloß zwei Eigentümern und nicht hunderten oder tausenden zum Teil anonymen, natürlich schon davon ausgegangen werden, dass die zwei Eigentümer miteinander reden. Dass der Eigentümer mit den Organen reden kann, weil er ja eine klar benennbare Person ist und daher ist einiges von dem, was uns hier immer über die völlige Einflusslosigkeit des Eigentümers auf das Unternehmen erzählt wird, auf das entschiedenste zurückzuweisen. Weil wir in unserem Fall nur zwei Eigentümer haben und selber sind wir der Dreiviertel Eigentümer. Also, tun Sie nicht permanent so, als würde Sie das Aktiengesetz davor zurückhalten, mit den Organen des Unternehmens Gespräche zu führen, um den klaren Willen des Eigentümers zum Ausdruck zu bringen. Das ist eine Irreführung die hier stattfindet. Zweitens, wenn gerügt wird von Einzelnen, dass unser Entschließungsantrag mit dem genannten Aktiengesetz kollidieren würde. Darf Ihnen den Wortlaut vorlesen: „Die Landesregierung wird aufgefordert, 3. – den Rest kürze ich weg – die nachfolgende Empfehlung des Energietarifbeirats zwingend einzuhalten.“ Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Adressat ist die Regierung. Der Beirat ist ein Beirat bei der Regierung oder ein Beirat der Regierung. D.h., es geht darum, dass die Regierung die Empfehlung des Energietarifbeirates zwingend einhält und zu ihrer Meinung macht und ihre Meinung dem Unternehmen gegenüber zum Ausdruck bringt. Wer mir erklären will, dass das mit dem Aktiengesetz oder sonstigen einschlägigen Rechtsvorschriften kollidieren sollte, möge mir das erklären. Mir erschließt sich diese Kollision jedenfalls nicht, deswegen werbe ich natürlich darum, den gesamten Entschließungsantrag mitzubeschließen. Und ein Wort noch an die sozialdemokratische Fraktion. Also, weil von unserem Antrag wird behauptet, dass er mit der Rechtsordnung kollidiert und daher in einigen Punkten nicht beschlossen werden kann. Ja meine sehr verehrten Damen und Herren, wie verhält es sich mit dem KPÖ Antrag. Würden die Gesetze, die jetzt von diesem KPÖ Antrag gefordert werden, vom Nationalrat beschlossen werden, wissen Sie ganz genau, dass die gemeinschaftsrechtswidrig wären. D.h., falscher Adressat im KPÖ Antrag. Nicht die österreichische Bundesregierung im Wege einer Regierungsvorlage oder der österreichische Nationalrat im Wege eines Initiativantrages. Nein, hier müsste man auf europäischer Ebene, hier müsste die europäische Kommission, respektive das europäische Parlament, tätig werden. Wenn man den Dingen, die im KPÖ Antrag intendiert werden, sozusagen zu einer Wirkung verhelfen sollte. D.h., wenn ein Antrag hier mit der Rechtsordnung kollidiert, dann ist es wohl jener der KPÖ und nicht der der ÖVP. Und damit habe ich auch schon unser Abstimmungsverhalten dargelegt und darf aber gleich eines dazu sagen, weil der

Herr Kollege Kaltenegger gesagt hat, so quasi sein Entschließungsantrag wäre irgendwie der Offenbarungseid und der Lakmustest und sonst irgendetwas. Mit Nichten. Er richtet sich an den falschen Adressaten. Eine Umsetzung durch den österreichischen Gesetzgeber wäre gemeinschaftsrechtswidrig und kann es daher nur ein gemeinsames Bemühen sein, allenfalls, wenn man sich zu diesen Inhalten bekennt, auf europäischer Ebene sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Da sei mir eine kleine Fußnote erlaubt, ob wir durch den bemerkenswerten Schwenk der sozialdemokratischen Partei im Bereich der Europapolitik an Standing und Einfluss in der europäischen Kommission gewonnen haben oder auch nicht, möge jeder für sich selbst beurteilen. Jedenfalls komme ich abschließend zum Entschließungsantrag der sozialdemokratischen Partei und darf noch einmal darauf hinweisen, dass wir Ihrem Gasbonus selbstverständlich die Zustimmung geben werden, aber ich halte es hier mit der Kollegin Lechner-Sonnek, die von einem kleinen Wundpflaster gesprochen hat, wenn ich es richtig in Erinnerung habe. Es ist auch nur eine kleine Abfederung dessen, was Sie vorher versäumt haben. Insofern erwarten Sie sich nicht, oder nehmen Sie unsere Zustimmung zu diesem Antrag bitte nicht als inbrünstige Zustimmung zu Ihrer Politik, im Gegenteil. Aber ein kleiner Schritt in die richtige Richtung ist natürlich besser als gar kein Schritt in die richtige Richtung. Nur, Sie eilen im Laufschrift durch Ihre ständigen Preiserhöhungen voraus und tun dann nachher im Kriechgang kleine Schritte in die richtige Richtung setzen. D.h., die Diskrepanz wird größer und es wäre wirklich anzustreben, wenn Sie hier noch einmal in sich gingen und tatsächlich Ihre Möglichkeiten ausloten würden. Denn diese permanenten Bekenntnisse, man kann halt nichts machen und es ist alles so eingengt durch die Rechtsordnung, scheinen mir hier nicht hinlänglich auszureichen, weil wie gesagt, jemand der Dreiviertel Eigentümer in einem Unternehmen ist, hat in dem Unternehmen auch etwas zu sagen. Sie beweisen es ja selbst. Auf der einen Seite sagen Sie, vor einigen Sitzungen haben Sie uns noch erklärt, mit dem Aufsichtsrat, überhaupt mit den ganzen Organen, da haben Sie keinen Einfluss und jetzt erklären Sie uns, es soll vom Vorstand etwas zum Aufsichtsrat gehen, damit Sie mit dem Aufsichtsrat reden können. Mit dem Vorstand können Sie offensichtlich nicht reden, aber Ihr mangelnder Einfluss an dem Unternehmen reicht offensichtlich doch dazu aus, dass Sie dann mit dem Vorstandsdirektor eine Pressekonferenz machen. Also, wissen Sie, das nimmt Ihnen keiner ab, dass Sie überhaupt keinen Einfluss haben, dass Sie keine Gespräche führen können, dass Sie Ihren klaren Eigentümerwillen nicht zum Ausdruck bringen können. Das ist ja nicht wahr, dass es nicht so wäre. Ganz im Gegenteil. Und eines darf ich den Kolleginnen und Kollegen, die jetzt permanent auf die Landeshauptstadt Graz verweisen, auch noch sagen. Es wird Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, dass die Energie Steiermark Aktiengesellschaft 49 % Eigentümer der Energie Graz ist und die Energie Graz sowohl Strom – da gibt es sogar einen gemeinsamen Vertrieb, wenn wir uns recht erinnern – als auch Gas vom landeseigenen Unternehmen bezieht. D.h., dass hier ein enger Zusammenhang gegeben ist und in Wahrheit ist es ja fast frivol, wenn man die Kunden der Energie Graz nicht als Kunden der Energie Steiermark bezeichnet und

daraus schließt, dass Ihr Entschließungsantrag die nicht erfassen würde. Ich würde mir wünschen, dass man das anders sieht, weil wo man 49 % Eigentümer und Hauptlieferant ist, glaube ich schon auch, dass man ein bisschen etwas mit so einem Unternehmen zu tun hat. Damit ist alles ausreichend dargelegt und wir werden uns über kurz oder lang in Richtung Abstimmungsvorgang, nehme ich an, bewegen. (LTAbg. Prutsch: „Habt`s verklopft!“) Bedanke mich aber jedenfalls für die Aufmerksamkeit. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP – 11.25 Uhr)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Landeshauptmann. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmann Mag. Voves (11.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar für diese ruhige und sachliche Wortmeldung des Herrn Klubobmann Mag. Drexler jetzt und darauf möchte ich gerne noch etwas replizieren aus meiner Sicht. Schauen Sie, ich bin 2002 in die Politik gekommen und Sie wissen leider, es gibt nur zwei Partner, aber es gibt einen unglaublichen Syndikatsvertrag, der, für mich auch unverständlich, einem 25 % Partner unglaublich viel an Rechten einräumt. Und es ist auch vertragsrechtliches Faktum, nämlich dass zum Beispiel da drinnen steht, dass die Grundsätze der Geschäftspolitik – und da gehört dezidiert die Preispolitik dazu – der Einstimmigkeit bedürfen. Und ich appelliere nur an die ÖVP-Fraktion, dass wir gemeinsam auf die von uns delegierten Aufsichtsräte einwirken. Wir haben dann als Land Steiermark eine wesentlich andere Position auch in einstimmigem Vorgehen unserer Kapitalvertreter gegenüber dem französischen Partner, wenn wir diese Dinge lockern wollen, im Sinne von mehr auf Preisbildung dann doch irgendwo einmal einen Einfluss zu gewinnen, wenn sich die Kapitalvertreter des Landes zumindest gemeinsam im Herantreten an den französischen Partner gleich und bestimmt verhalten. In Zeiten wie diesen, meine Damen und Herren, sollten wir Gemeinsamkeit wirklich in den Vordergrund stellen. Es gibt ein Thema wie dieses zum Beispiel, wo ich meine, dass wir gemeinsam vorgehen müssten im Interesse der Kunden. Und dazu ist eine gemeinsame Positionierung unserer Kapitalvertreter sehr, sehr wichtig. Wenn wir schon mit einem Bild im Aufsichtsrat auftreten, wo ÖVP-delegierte Kapitalvertreter andere Werthaltungen zu ganz wichtigen Fragen wie dieser, die ich heute angesprochen habe, haben, dann wird es auch gegenüber dem französischen Partner nicht leicht sein, das durchzusetzen, was wir gemeinsam, glaube ich, letztlich doch stärker wieder wollen.

Ich darf ganz generell auch noch sagen wegen des Vorwurfs versprochen und nicht eingehalten. Ich bin dennoch glücklich, wenn wir auch heute hoffentlich diesen Beschluss in großer Einstimmigkeit treffen, dass wir als einziges Bundesland versucht haben, besondere Umfeldfaktoren im Energiebereich, in den Preisen, wie sie sich dort entwickelt haben, diese für jene Menschen, die es in unserem Land brauchen, auch wirklich abzufedern.

Ich bin dem Herrn Dr. Murgg eine Antwort schuldig, man hat mir aus dem Unternehmen heraus berichtet, dass mit diesen 20.000 Kilowatt-Stunden eigentlich wirklich alle Haushalte umfasst sein sollten. Das heißt, von der kleinen Wohnung über die größere Wohnung und in jedem Fall noch jenes Haus, das einigermassen auf einer vernünftigen Basis auch beheizt wird. Das heißt, wir müssten damit eigentlich alle Haushalte treffen. Und sollte es hier Einzelfälle geben mit – wie Sie gesagt haben – 20.050, dann sollten wir bereit sein, auch darüber diskutieren zu können und zu wollen. Ich danke Ihnen sehr herzlich. Ich bin froh, dass wir den Menschen so wohl im Strom als auch im Gas bei diesen Umfeldfaktoren, die wir gemeinsam nur lockern können, letztlich jenen die es brauchen in der Steiermark, mit unseren Strom- und Gas-Boni helfen, dass sie diese Teuerung zumindest nicht im Geldbörstel wirklich spüren. Dankeschön! (*Beifall bei der SPÖ – 11.29 Uhr*)

Präsident: Danke dem Herrn Landeshauptmann. Als vorerst Letzter zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Kaltenegger. Ich erteile es ihm.

LTabg. Kaltenegger (11.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss jetzt noch kurz auf Herrn Klubobmann Drexler eingehen, wenn er meint, es wäre gemeinschaftsrechtswidrig, die Preise zu regeln. Na, was glauben Sie bitte, was ist diese ganze Bankenrettungsaktion, die derzeit abläuft? Also hier wirft man ja alles über den Haufen. Wenn jetzt der Staat hergeht und eine Bank voll stopft sozusagen oder mit Geld zu retten versucht, verzerrt das nicht den Wettbewerb, dem man sich immer so verschworen hat? (*LTabg. Mag. Drexler: „Unverständener Zwischenruf!“*) Fakt ist, dass außergewöhnliche Zeiten außergewöhnliche Maßnahmen brauchen, habe ich schon gesagt. Und wir könnten eigentlich den Iren sehr dankbar sein, dass sie nicht für die EU-Verfassung gestimmt haben, denn sonst wäre das sogar in der EU-Verfassung drinnen, dass solche Eingriffe des Staates in die Wirtschaft unzulässig sind, wie man es jetzt im großen Stil vornehmen muss, um die Banken zu retten. Also man sollte durchaus die Sache eher etwas nüchterner betrachten.

Und eine letzte Bemerkung noch, weil mir das auch wirklich ein besonderes Anliegen ist. Herr Landeshauptmann, der Herr Klubobmann Kröpfl hat es schon kurz angesprochen, ich habe mit ihm darüber geredet, dass wir auch dezidiert sicherstellen, dass Wohnanlagen auch in den Genuss dieser Regelung kommen, wie wir sie heute beschließen sollen. Weil dort sehe ich durchaus etwas Kritisches. Es gibt einen Kunden, 50 oder 100 Haushalte, die dranhängen, weil es eine Zentralheizungsanlage gibt. Jetzt sind wir natürlich weit über diese 20.000 Kilowatt-Stunden drüber. Aber dort wohnen oft Menschen, die kein hohes Einkommen haben. Und hier muss wirklich sichergestellt werden, dass diese Menschen nicht rausfallen. Das muss gesichert werden, weil das fatal wäre. Das würde gerade die großen Wohnanlagen betreffen. Da bekommt die Genossenschaft die Vorschreibung, weil die eben mehr als 20.000 Kilowattstunden abnehmen, würden sie dann unter

Umständen rausfallen. Also das bitte ich unbedingt sicherzustellen. Dankeschön! (*Beifall bei der KPÖ – 11.33 Uhr*)

Präsident: Ich danke. Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht mehr vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ betreffend Refundierung der Mehrkosten durch die Erhöhung des Gaspreises ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Hier stelle ich die einstimmige Annahme fest.

Beim Entschließungsantrag der ÖVP liegt ein Antrag des Herrn Abgeordneten Schönleitner vor, hier eine punktuelle Abstimmung vorzunehmen, so werde ich vorgehen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Aussetzung der Gaspreiserhöhung zu Punkt 1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. Da brauchen wir nicht zählen, das ist deutlich sichtbar.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 2 des Entschließungsantrages der ÖVP ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt wurde einstimmig angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Punkt 3 des Entschließungsantrages der ÖVP ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der KPÖ betreffend amtliche Preisregelung am Energiesektor ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Deutlich!

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die erste Dringliche Anfrage beendet. Ich komme zur zweiten Dringlichen Anfrage von den Abgeordneten der Grünen wurde am Donnerstag, dem 16. Oktober 2008, um 13:27 Uhr eine

Dringliche Anfrage an Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer betreffend Abschaffung des Proporzsystems eingebracht. Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß §

68 der Geschäftsordnung des Landtages 2005 erforderliche Unterstützung. Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß § 68 Abs. 1 der Geschäftsordnung die Wechselrede statt.

Ich erteile Frau Klubobfrau Ingrid Lechner-Sonnek das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Bitte, Frau Klubobfrau.

LTAbg. Lechner-Sonnek (11.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Herren des Hohen Hauses und im Zuschauerraum!

Der Steirische Herbst hat heuer das Motto – wer kennt das Motto des Steirischen Herbstes? Prüfungsfrage! „Strategien zur Unglücksvermeidung“. Ich habe heute einen Sticker drauf, da sind viele, viele Vorschläge von Künstler und Künstlerinnen offensichtlich gemacht worden. Auf meinem Sticker steht heute: „Ignorieren“. Ich habe ihn deswegen genommen, weil ich glaube, der hat heute tagespolitische Relevanz. Es wurden bei der Eröffnung des Steirischen Herbstes auch einige Politikerinnen und Politiker gefragt, was ihnen hilft sozusagen, was ihre persönliche Strategie zur Unglücksvermeidung ist. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter Flecker z.B. hat gesagt: „Nicht an Landespolitik denken!“. Darf ich zitieren, war öffentlich. Ich hätte auch eine persönliche Strategie oder einen Wunsch zur Unglücksvermeidung, den Proporz abschaffen. Und deswegen stehe ich heute auch hier. Meine Damen und Herren, wir haben ja über den Proporz ja oft gesprochen. Es ist ja nicht so, dass nicht bekannt wäre, dass der Proporz oder die Proporzverfassung ganz, ganz große Nachteile mit sich bringen würde. Wir wissen, dass es oft und oft zu einer gegenseitigen Blockadepolitik kommt, was wir seit dem Jahr 2005 beinahe in jeder Sitzung und zu sehr vielen Tagesordnungspunkten beobachten können oder erleiden müssen, je nachdem wie man das gerne formulieren will. Ich sage es hier heute wieder, vor allem nach einer Nationalratswahl, die in vielerlei Hinsicht sehr zum Nachdenken anregt. Solche Situationen, Streit und Hader, wie sie auch von Leuten, die sich in diesem Raum befinden, auf Bundesebene kritisiert und gegeißelt werden, solche Situationen gibt es in der Steiermärkischen Landespolitik schon ein Jahr länger als auf Bundesebene. Man könnte sagen, vielleicht haben sie es bei uns gelernt. Ist aber nichts, was man unbedingt lernen müsste und sollte, denn das Problem ist, eine solche Form Politik zu machen, öffentlich Politik zu machen, nämlich drauf zu schauen, wie kann man den Gegner möglichst reintunken, wie kann man möglichst sichtbar machen, wie untüchtig die andere Seite auf der Regierungsbank ist, eine solche Politik führt dazu, dass das Ansehen der Politik insgesamt leidet. (LTAbg. Mag. Drexler: „Demokratischer Proporz!“) Jetzt könnte man sagen, na und. Ich sage Ihnen, das schädigt Demokratie und das ist nicht zu verantworten. Zweiter Punkt, was wir sehr gut kennen aus der Proporzverfassung oder durch die Proporzverfassung, dass ist das, was bei mir persönlich Schrebergartenpolitik heißt. Es gibt eine Ressortaufteilung und es gibt ein Komitment. Ein Einvernehmen darüber, dass jeder und jede auf der Regierungsbank den eigenen Bereich sich erkämpft oder zugewiesen bekommt, wie auch immer, einen eigenen Bereich hat

und dass man im eigenen Bereich in Endeffekt tun kann wie man möchte. Voraussetzung ist, dass man den anderen auch in Ruhe lässt. Dieses Komitment ist ganz deutlich sichtbar, auch z.B. in solchen Belangen wie den Bedarfszuweisungen. Es ist Österreich weit einmalig, das ist auch wieder keine positive Aussage, nur damit Sie das sicher nicht falsch verstehen, einmalig, kommt sonst nirgends vor, dass die Mittel, die die Gemeinden bekommen, die ihnen zustehen aus den Steuermitteln die auf Bundesebene einfließen, dass diese Mittel nach einer Landtagslogik vergeben werden. Erstens einmal wird das Ausmaß nach der Landtagswahl entschieden. Wie viel bekommt die ÖVP, wie viel die SPÖ zu verteilen. Da hat sich aber auf Ebenen der Gemeinden weder der Bedarf noch das Wahlergebnis geändert in der Zwischenzeit. Das ist nur auf den Landtag bezogen. Und zweitens, was einmalig ist in Österreich, da gibt es einen roten und einen schwarzen Chef, die das verteilen. Die die Bedarfsweisungsmittel verteilen und im O-Ton, wenn man in so eine Gemeinde kommt, die die Bedarfszuweisung bekommen hat, heißt es, der Schützenhöfer hat uns eine Million gegeben. Oder der Voves hat uns eine Million gegeben. Ich nenne jetzt bewusst den gleichen Betrag. (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Das ist leider selten. 1 Million ist selten!“*) Okay, Beispiel: Der Schützenhöfer hat uns eine halbe Million gegeben. Analog, der Voves hat uns eine halbe Million gegeben. Ich hoffe, wir kommen da näher, aber ich bin mir sicher, dass es auch höhere Summen geben wird. (*LTabg. Mag. Drexler: „Nächstes Beispiel!“*) Das ist nichts vorauf man stolz sein muss, meine Damen und Herren, diese Klientelpolitik. Denn wir wissen ja, wir haben das einmal studiert, wie schaut es denn aus mit den Bedarfszuweisungen. Es gibt da Kriterien, welche Gemeinden kriegen am meisten. Jene Gemeinden kriegen am meisten, bei denen man die Hoffnung hat, dass die Farbe sich wechselt bei der nächsten Gemeinderatswahl. (*LTabg. Mag. Drexler: „Aus den Hoffnungsgemeinden!“*) Hoffnungsgemeinden. Gemeinden, die man farblich sozusagen umdrehen kann. Von rot zu schwarz oder von schwarz zu rot. Auch ein hohes Kriterium übrigens ist, ob ein Abgeordneter, der dort Bürgermeister ist oder Bürgermeisterin, im Landtag sitzt. Ist auch so ein Kriterium. (*LTabg. Mag. Drexler: „Und das in Bayrisch-Köhlldorf!“ – LTabg. Kasic: „Das geht gar nicht, Frau Kollegin!“*)

Wir kennen und jetzt komme ich zum dritten Punkt. Also, der Proporz sorgt zumindest dafür, dass alle wieder an Bord sind und munter werden. Wir kommen zum dritten Punkt. Wir alle kennen diesen Filz mit dem der Proporz das Land überzogen hat oder um eine treffendere Aussagen zu machen, der Filz, mit dem die Parteien das Land überzogen haben. Sie wissen alle, im Schulsystem sind alle die was geworden sind entweder rot oder schwarz. Etwas anderes gibt es da nicht. Und wenn man nicht rot oder schwarz ist, hat man praktisch auch heute noch keine großen Chancen. Jetzt kann man natürlich sagen, was es für Bemühungen gab und pi pa po und gibt wahrscheinlich auch Leute die sagen, das ist gar nicht so. Aber da kann ich nur gratulieren zu diesem Maß an Ignoranz, dass dafür nötig ist, um eine solche Aussagen zu tätigen. Wir haben aber nicht nur die Schulen. Wenn wir in die

Krankenanstalten schauen, da ist ziemlich vieles sehr wohl proporzmäßig unter den zwei Parteien aufgeteilt. (LTAvg. Kröpfl: „Eine Monokultur!“)

Nein, nein, es gibt nicht nur Monokultur in der KAGes. Überall ist es gut aufgeteilt im Sinne oder im Denken der Regierungsparteien. Wir haben heute über die Energieversorgung gesprochen. Ich habe über den Ausbau der Gasnetze gesprochen. (LTAvg. Mag. Drexler: „Hat aber nichts mit der Verfassung zu tun!“)

Nein, aber mit dem Proporz hat es zu tun, Herr Kollege, nur damit Sie ... (LTAvg. Mag. Drexler: „Nicht mit der in der Verfassung!“) Herr Kollege Drexler kann sich zu Wort melden wie alle anderen auch. (LTAvg. Mag. Drexler: „Werde ich mit Sicherheit!“) Der Proporz führt auf jeden Fall dazu, dass die zwei großen Parteien es geschafft haben, eigentlich in relativ großer Harmonie, wenn man so über die Jahre hinweg schaut, sich die wichtigen Posten anzueignen und sie brüderlich aufzuteilen. Gelegentlich gibt es Verschiebungen nach Wahlen, vor allem wenn die eine Änderung der Machtverhältnisse mit sich bringen. Gut, nächster Punkt. Was ist, wenn man so eine Verfassung hat mit dem Budget? Man bekämpft sich zwar dauernd. Es gibt Streit und Ärger und Hader und alle anderen müssen den mit erleiden, aber wenn es dann drum geht, ob man nicht vielleicht doch angesichts der Wahlen sich ein Budget gönnt, mit allen möglichen Maßnahmen herbeigeht bzw. finanziert, dass man sich nicht ein Budget gönnt, das einem erlaubt, die Wahlzuckerln wieder auszuspucken, dann ist man sich einig. Ich wundere mich oft, wie es zu diesen Budgeteinigungen kommt. Sie passen nur so wenig zu dem, was in den Budgetdebatten gesagt wird. Bin schon sehr neugierig, ob das heuer wieder so ist. Ich fürchte ja. Es wird viele Argumente gegeneinander geben und im Endeffekt dann eine gemeinsame Abstimmung. Wie der Schuldenstand ist und was das für die Bevölkerung heißt und wie wenig unser Budget saniert ist, ist offensichtlich da nicht so wichtig und darin ist man sich einig. So viel an Einigkeit bringt man alle weil zusammen, wenn es um die machtrelevanten Fragen geht. Gut, der Proporz ist antiquiert. Er lähmt die Landesverwaltung, der lähmt darüber hinaus vieles. Stichwort Postenbesetzungen in Schulen und, und, und. Dass der Proporz antiquiert ist und abgeschafft gehört, da haben zu verschiedenen Zeiten eigentlich alle, die da herinnen sitzen, schon einmal ja gesagt dazu. Vielleicht nicht als Person, aber als Vertreter einer Partei. Es hat lange Jahre gegeben, da war die ÖVP Proponentin der Abschaffung des Proporztes. Es mag sein, dass es damit zu tun hatte, dass der Landeshauptmannsessel fast gewohnheitsmäßig als sozusagen natürlicher Sitz der ÖVP angesehen wurde. Ziemlich sicher hat es damit zu tun, weil seit 2005 sich diese Sicht der Dinge geändert hat. Seit 2005 ist die SPÖ ein pronosierter Befürworter oder eine Partei die pronosiert befürwortet, dass der Proporz abgeschafft gehört. (LTAvg. Majcen: „Auch nicht wirklich!“) Und sie hat einen weiteren Schritt gemacht und den möchte ich schon honorieren. Sie hat gemeinsam mit den Grünen und der KPÖ auch wirklich ausgearbeitet, wie kann, wie können die Minderheiten richtig gestärkt werden und wie könnte eine zeitgemäße Landesverfassung ausschauen.

Und das honoriere ich sehr. Weil damit hat sie in meinen Augen gezeigt, dass sie das auch wirklich ernst meint.

Das heißt, es wäre eigentlich möglich. Es wäre gut möglich, wenn man einsieht, dass die derzeitigen Verhältnisse, dass die derzeitige Verfassung, dass der Proporz eigentlich hinderlich ist. Und ich zitiere wieder einmal, wie immer beim Thema Proporz aber auch in anderen Themen die Industriellenvereinigung für auch andere Organisationen, die uns schon längst ausrichten, dass wir da nicht mehr à jour sind. Dass das nicht mehr zeitgemäß ist, ein Land so aufzuteilen und vor allem ein Land so zu lähmen. Ich finde, das schädigt vieles, auf jedem Fall die Zukunftschancen der Steirerinnen und Steirer.

Ich habe das Gefühl, die ÖVP will sich an Tagen wie diesen wieder selbst auf die Schulter klopfen dafür, dass sie dem Gegner wirklich Paroli bietet und vorwirft, was er alles nicht macht. Gleichzeitig hält sie aber an ihm als Partner fest über viele weitere Jahre hinaus auf Biegen und Brechen, egal was da noch kommen soll. Man kann sich offensichtlich nicht davon verabschieden, nicht von einander verabschieden, diese Zwangsgemeinschaft ist wie eine Pragmatisierung auf der Regierungsbank. Das ist irrsinnig wichtig offensichtlich für die ÖVP, aber es passt leider hinten und vorne nicht zusammen mit dem, was ich an Äußerungen von Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer lese und höre in Bezug auf das, was auf Bundesebene so läuft bzw. sich anbahnt zwischen ÖVP und SPÖ.

Wir haben gerade in der letzten Zeit gesehen, dass Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer zu den prononciertesten Gegnern einer weiteren Zusammenarbeit von ÖVP und SPÖ, Stichwort große Koalition, „große“ muss man schon ein bisschen in Anführungszeichen setzen, was er dazu zu sagen hat. Er ist ein ganz dezidierter Gegner. Er ist sozusagen die Leitfigur dieser Gegnerschaft und spricht sich ganz klar dagegen aus, dass diese große Koalition weiterarbeiten soll. Und er argumentiert es auch.

Wir haben da in unserem Antrag einige Zitate aufgeführt, damit Sie sehen, Sie wissen es eh alle, Sie studieren ja auch die Medien, dass das jetzt nicht vielleicht eine einzelne Wortmeldung war. Er hat gesagt am 9. Juli: „Diese Scheidung ist eine Erlösung“ zum Beenden der Zusammenarbeit auf Bundesregierungsebene. Oder „Dass diese Koalition der Verlierer weitermachen soll, um die diversen Jobs zu retten“, siehe was ich vorher über die Jobs gesagt habe, „wäre wohl der falsche Schluss“. Oder „Diese Art der Politik, wie wir sie jetzt in den letzten knapp zwei Jahren oder 18 Monaten erlebt haben, fortzusetzen, wäre die Grundlage für nächste Niederlagen“. Ich weise nochmals darauf hin, dass diese Politik 1:1 dem gleicht, was wir auf Ebene der Landespolitik schon ein Jahr länger erleben. Oder aber „Eine Regierung, in der wir Beiwagerl der SPÖ sind, kommt für mich nicht in Frage“. Was ist denn das jetzt? (*LTabg. Mag. Drexler: „Augenhöhe!“*) Ach so, genau, es hat ein bisschen lange gedauert, Herr Klubobmann Drexler schlägt Augenhöhe vor, Tatsache ist, dass der Landeshauptmannsessel nicht mehr in den Händen der ÖVP ist.

Es gibt zahlreiche weitere Äußerungen: „Die ÖVP im Schwitzkasten der SPÖ“, „Diese Koalition ist abgewählt“, „Die große Koalition ist abgewählt“ usw. und so fort. Also, was haben wir? Wir haben den prononciertesten Gegner einer großen Koalition auf Bundesebene. Wir haben die Behauptung von Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer, dass er bzw. die steirische ÖVP aus dieser Niederlage auf Bundesebene gelernt hat. Kleiner Einschub, heute habe ich es noch nicht gemerkt – Klammer geschlossen!

Wir haben mit Sicherheit die Feststellung, wir können die Feststellung treffen, dass das Erscheinungsbild der Landesregierung überhaupt sich nicht unterscheidet von der gescheiterten ÖVP- und SPÖ-Bundesregierung, ganz im Gegenteil. Ich hatte immer wieder das Gefühl, die haben es bei uns gelernt oder es wurde aus der Steiermark sozusagen auf Bundesebene transferiert. Dieses Ausmaß an Destruktivität, an Streit und Hader und Auseinandersetzung hat man vorher nicht gesehen, außer das eine Jahr schon ab 2005 in der Steiermark.

Und ich finde, dass sich Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer die Frage gefallen lassen muss, was also die große Koalition auf Bundesebene und Landesebene so sehr unterscheidet, dass man die auf Bundesebene auf Biegen und Brechen zu vermeiden versucht – kann ja gut begründet sein, aber an der auf Landesebene mit Zähnen und Klauen festhält.

Und das ist der Tenor auch unserer Dringlichen Anfrage an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer und ich verlese nun unsere Fragen:

1. Warum haben Sie nach jahrzehntelangen Forderungen der Landes-ÖVP nach Abschaffung des Proporzsystems im entscheidenden Moment, als dies beschlossen werden hätte können, eine Kehrtwende vollzogen? Kleine Einfügung, steht auch im Arbeitsprogramm der Landesregierung, Abschaffung des Proporzsystemes.
2. Wodurch unterscheidet sich die große Koalition auf Bundesebene von der Zwangsgemeinschaft von SPÖ und ÖVP auf Landesebene in ihrer Unfähigkeit zur konstruktiven Zusammenarbeit im Dienste der Bevölkerung?
3. Werden Sie weiterhin die Verfassungsnovelle zur Abschaffung des Proporzsystems bei gleichzeitiger Stärkung der Kontroll- und Minderheitenrechte der Opposition blockieren, auf die sich SPÖ, KPÖ und Grüne geeinigt haben?
4. Sehen Sie einen eigenen Anteil daran, dass die Landesregierung zu einer konstruktiven Arbeit meist nicht in der Lage ist?

Ich ersuche um Antwort auf diese vier Fragen. *(Beifall bei den Grünen – 11.52 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Ich erteile nunmehr dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Hermann Schützenhöfer das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Bitte, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer (11.52 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

In diesen Tagen beschäftigt mich die Frage, ob wir den Menschen weiterhin Arbeit geben können sehr viel mehr als die Frage des Proporz. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass Sie keine anderen Sorgen haben. *(Beifall bei der ÖVP)*

Es ist in höchstem Maße unfair und ungerecht pauschal zu sagen, dass diese Landesregierung, dass die Landespolitik in der Summe in Streit und Hader versinkt. Das hat nicht gestimmt und das stimmt nicht. Und was die Volkspartei anlangt, mit Ihren ständigen Sagern, das wir blockieren würden, fahren Sie in die Einbahn. Wir zeigen auf, wenn Unfähigkeit vorliegt, wir blockieren nicht und haben nie blockiert. Aber wenn es darum geht, jene an das Versprechen zu erinnern, an das zu erinnern, was sie versprochen haben, falls sie es nicht halten, dann ist das nicht Streit, dann ist das selbstverständlich ein Konflikt, der ausgetragen werden muss, meine Damen und Herren. *(Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker: „Wie z.B. Proporzabschaffung!“)* Und wenn Sie die Volkspartei ansprechen, das darf ich schon auch sagen, dann möchte ich Sie schlicht und einfach daran erinnern, dass wesentliche Initiativen gerade der letzten Wochen und Monaten auf unsere Initiative hin zustande gekommen sind, wenn Sie an die Kleinregionen denken. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn Sie an den Gratiskindergarten, an die Abschaffung des Pflegeregresses denken. *(LTabg. Schleich: „Das kostet einen Lacher!“)* Wenn Sie daran denken, dass etwa das Gesamtverkehrspaket beschlossen wurde, die S-Bahn auf Schiene ist, der Forschungsrat arbeitet erfolgreich, die neue Wirtschaftsstrategie des Wirtschaftslandesrates begünstigt Innovationen. Wir sind das Innovationsland Österreichs, wir haben die höchste Rate an Forschung und Entwicklung, die ländliche Entwicklung wird über den grünen Pakt unterstützt und im Tourismus – ich weise es nicht als mein Verdienst aus, aber sagen darf ich es schon – gibt es Rekordzahlen. Wir haben Herberstein neu gestartet, Spielberg ist auf Schiene. *(LTabg. Kröpfl: „Haben wir alle weggeräumt, die Baustellen!“)* Was ist das? Das ist das Gegenteil von Blockade.

Aber meine Damen und Herren, eines müssen Sie mir gestatten. Und ich habe eine Zeit lang gebraucht, bis ich persönlich damit fertig geworden bin. Ich weiß heute, dass das so ist und dass ich das in dieser Periode nicht ändern kann. Wenn das, was für mich Grundlage einer wichtigen und guten Zusammenarbeit ist, nicht hält, nämlich der persönliche Handschlag, dann müssen Sie mir gestatten, dass ich das aufzeige. Und ich lasse mir nicht vorwerfen, dass wir in der Landespolitik in billigen Streit verfallen. Aber, meine Damen und Herren, wenn einer, wie er noch da gesessen ist, wo jetzt ein möglicher Nachfolger von ihm sitzt, *(LTabg. Kröpfl: „Oh, imaginär!“)* in der damaligen Funktion sagt, „wenn ich Landeshauptmann werde, werden die Manager der landesnahen Betriebe im Höchsthfall den Landeshauptmannbezug haben“ und dann macht er es nicht, dann müssen wir ihn jahrelang mit Anträgen befassen, dass er es endlich tut, und wenn einer in der damaligen Funktion sagt, „wenn ich ans Ruder komme, wird der Strompreis gesenkt“ und das Ende der Entwicklung ist,

dass wir die höchsten Strompreise Österreichs haben, dann ist das nicht billiger Streit, sondern es ist ein Konflikt der auszutragen ist, weil nicht eingehalten wird, was versprochen wurde. (*Beifall bei der ÖVP*)

Die Situation auf der Landesebene, Frau Lechner-Sonnek, das wissen Sie genau, ist mit dem, was sich auf der Bundesebene abspielt, in keiner Weise vergleichbar. Und wenn Sie es vergleichen, ist es ja ein Beweis dafür, dass die so genannte Koalition erst recht nicht funktioniert, wenn die Menschen, die an der Spitze stehen, nicht zusammenarbeiten können. Und es ist in der Koalition und es im Proporz und es ist in jedem demokratischen System so, wenn die, die an der Spitze stehen in wesentlichen Fragen miteinander nicht können, kann man nicht dem System die Schuld geben. Wir haben uns auf der Landesebene im Wesentlichen, tun wir das doch nicht ständig überholen, in der Zusammenarbeit in wichtigen Fragen gefunden. Auf der Bundesebene war das bis jetzt ganz einfach nicht der Fall. Und Sie haben eine Zitatensammlung hier von mir. Ich danke Ihnen dafür, die hätte ich mir selber müssen alle raussuchen, also man hat hin und wieder Mitarbeiter. Sie hätten noch früher anfangen sollen. Sie hätten anfangen sollen 2006. Und damals habe ich nach der ersten Sitzung, ich war damals zusammen mit dem Herrn Landeshauptmann Franz Voves, er für die SPÖ und ich für die ÖVP, wir waren beide erstmals bei Regierungsverhandlungen auf der Bundesebene dabei, ich habe ihm beim Rausgehen gesagt, das wird nichts. Und ich habe es dem damaligen ÖVP Verhandlungsführer und noch Bundeskanzler Schüssel gesagt, das wird nichts. Wenn Sie gesehen hätten, wie diese Parteien sich gegenüber gesessen haben, dann hätten Sie, wenn Sie einen Instinkt haben und Sie haben ihn, gespürt, das wird nichts. Ich bin nach wie vor, bei allen Auseinandersetzungen, die wir auch hier im Lande haben, nicht bereit, dass was dort passiert oder nicht passiert, mit dem was sich hier abspielt und das ist manches mal schwer genug mit der Mehrheitsfraktion in der Regierung, zu vergleichen. Diese Abneigung, die dort von vornherein spürbar war und es ist mir im Nachhinein, denke ich, gar nicht ganz zufällig herausgerutscht, das ist, wie wenn Nordkorea mit Südkorea, wer immer da Nord oder Süd wäre, verhandelt hätte. Aber jedenfalls, meine Damen und Herren, ist es ein Beweis dafür, dass die Abschaffung des Proporz an sich solche Probleme wie man miteinander kann oder nicht, lügen wir uns doch nicht in den Sack, ganz sicherlich nicht löst. Und weil Ihre Begründung, Frau Klubobfrau, zur heutigen Dringlichen ja in die Richtung geht, dass ich mich zum Bund gemeldet habe. Ja, ich bin gegen die Neuauflage einer solchen Koalition. Weil sie den Menschen nicht zumutbar ist und ich gratuliere der SPÖ, dass sie die innere Debatte in diesem Zusammenhang nicht hat. Beide so genannten ehemaligen Großparteien sind auf dem Tiefststand. Die Debatte, die wir in der ÖVP haben und ich beteilige mich an ihr und krieg nur Fotzen dafür, macht nichts, werden Sie noch haben. Ich wünsche es Ihnen gar nicht, aber Sie werden sie noch haben, denn das muss einem ja einmal gelingen. Das schlechteste Wahlergebnis aller Zeiten und dann haben wir aber die Wahl gewonnen. Das ist bei uns auch einmal so gewesen und das ist der Nährboden dafür, dass man erst recht verliert. Ich war und bin und bleibe der Auffassung, dass sich Parteien in einer solchen Zeit andere Konstellationen offen

halten sollten und da lasse ich mich nicht in ein rechts-rechts-Eck hineindrängen, weil die Grünen z.B. nicht dort hingehören, aber zur Option letztlich gehörten. Auf der Bundesebene haben sie es 10 Jahre verschlafen, auf Landesebenen gelingt es ja. Ein bisschen arg ist das schon, was Sie da heute aufführen. Auf der oberösterreichischen Ebene haben Sie die Koalition im Proporz gegen die SPÖ. Hier haben Sie das freie Spiel der Kräfte. Sie verwechseln da manches. Das gibt es auf der Bundesebene nicht. Hier haben Sie das freie Spiel der Kräfte, trotz Proporz in der Landesregierung, weil Sie hier, wie wir heute gesehen haben und wie wir öfter gesehen haben, unterschiedliche Mehrheiten haben. Und da wundert mich, dass eine Partei, die von so einem freien Spiel der Kräfte lebt, genau dieses abschaffen will. Wir werden schon weiterreden über den Proporz. (*LTA*bg. *Kröpfl*: „*Der ist gut!*“) Nur gerade diese kleineren Gruppen, die ich im Prinzip schützen möchte, (*Landeshauptmannstellvertreter Dr. Flecker*: „*Das ist Kabarettreif!*“) müssen wissen, wenn wir den Proporz abschaffen und wir sind vergleichbar mit Niederösterreich und Oberösterreich in der Größe auch des Landtages, dann heißt dies ja die Verkleinerung des Landtages. Dann sind ja Sie nicht dabei. Eine sehr hehre Aktion eigentlich, wenn jemand die Debatte in die Richtung lenken will, alles zu tun, damit er selber nicht mehr dabei ist. Sie müssen dann wie der Faymann Leserbriefe schreiben um gehört zu werden, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP*) Aber vielleicht Frau Kollegin, sind wir uns einig. Die wird schon kommen, die Koalition, die ich nicht will. Aber ich will mir persönlich, meiner Selbstachtung willen nicht vorwerfen wollen, dass ich nicht gesagt hätte, was ich im Interesse derer, die ich vermehren möchte, die Wähler, und die ich nicht so gestalten möchte, dass wir so überschaubar werden, dass man jeden einzelnen kennt, dass ich es nicht gesagt hätte. Zu Ihren Fragen:

1. „Warum haben Sie nach jahrzehntelangen Forderungen der Landes-ÖVP nach Abschaffung des Proporzsystems im entscheidenden Moment, als dies beschlossen werden hätte können, eine Kehrtwende vollzogen?“ Die SPÖ Mehrheit in der Landesregierung hat 2006 ein Budget gegen die Stimmen der ÖVP in den Landtag geschickt und damit das Arbeitsübereinkommen außer Kraft gesetzt in allen Punkten und damit auch die gemeinsame Absicht den Proporz zu beenden. Wenn wir in der nächsten Periode, und für diese Periode ist das Thema für mich erledigt, an der SPÖ jemanden haben mit Handschlagqualität, wird das Thema wieder aufzunehmen sein.
2. „Wodurch unterscheidet sich die große Koalition auf Bundesebene von der Zwangsgemeinschaft von SPÖ und ÖVP auf Landesebene in ihrer Unfähigkeit zur konstruktiven Zusammenarbeit im Dienste der Bevölkerung?“ Ich vergleiche Bund und Land nicht. Der Vergleich ist von vornherein unfair. Dort gibt es eine Koalition die gescheitert ist. Jetzt gibt es hier bei uns den Proporz in der Landesregierung und im Landtag das freie Spiel der Kräfte. Nicht schlecht für Demokratie.
3. „Werden Sie weiterhin die Verfassungsnovelle zur Abschaffung des Proporzsystems bei gleichzeitiger Stärkung der Kontroll- und Minderheitenrechte der Opposition blockieren, auf die sich SPÖ, KPÖ und Grüne geeinigt haben?“ Ich verweise auf meine Antwort zu Punkt 1.

4. „Sehen Sie einen eigenen Anteil daran, dass die Landesregierung zu einer konstruktiven Arbeit meist nicht in der Lage ist?“ Dass die Landesregierung zu einer konstruktiven Zusammenarbeit meist nicht in der Lage ist, bestätige ich nicht. Die Fehler, wenn es Fehler gibt, nur bei anderen zu suchen wäre auch unfair. Aber es gilt, wir sind gewählt um zu arbeiten. Glück auf. *(Beifall bei der ÖVP – 12.06 Uhr)*

Präsidentin Beutl: Ich bedanke mich für die Beantwortung und eröffne nunmehr die Wechselrede zur zweiten Dringlichen Anfrage.

Ich weise auf § 68 Abs. 5 in Verbindung mit § 57 Geschäftsordnung Landtag 2005 hin, wonach die Regierungsmitglieder sowie die Hauptrednerinnen nicht länger als 20 Minuten und die Debattenrednerinnen nicht länger als zehn Minuten sprechen dürfen.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek und ich darf ihr das Wort erteilen.

LTAbg. Lechner-Sonnek (12.07 Uhr): Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Damen und Herren im Zuschauerraum und im Hohen Haus!

Ein paar kurze Anmerkungen: Herr Landeshauptmannstellvertreter, danke für die Antworten. Sonderlich – wenn mir das gestattet ist, so salopp zu sagen – sonderlich ergiebig habe ich Sie nicht gefunden. Sie haben gesagt, die SPÖ hat das Arbeitsübereinkommen aufgehoben und seither gilt das freie Spiel der Kräfte. Das stimmt aber nicht, wenn es um die Erstellung des Budgets geht, wenn es um Postenvergaben geht, wenn es um Intransparenz geht in Bezug auf die Bedarfszuweisungen, wenn es um Intransparenz geht überhaupt in Bezug auf das Budget und den Rechnungsabschluss. Dort stimmt es überall nicht. Da gibt es große Räume, die vom so genannten freien Spiel der Kräfte de facto ausgenommen sind, zum Ersten.

Zum Zweiten, wenn Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Sie waren ja sicher wesentlicher Teil der Verhandlungen zum Arbeitsprogramm der Landesregierung, wenn Sie bei diesen Sitzungen gemeinsam hineinformuliert haben, Abschaffung des Proporz, dann nehme ich doch an, dass Sie selber zu diesem Inhalt und zu diesem Ziel stehen. *(LTAbg. Straßberger: „Haben Sie nicht zugehört, was er gesagt hat?“)* Ich kann nicht nachvollziehen, warum man sagt, der Partner verhält sich jetzt komisch und deswegen gebe ich meine eigenen politischen Ziele auf. Entweder es ist ein Ziel oder es ist keines. *(Beifall bei den Grünen und KPÖ)*

Das gilt im Übrigen auch für die Energieautonomie, die wir heute schon haben.

Zweitens, Sie haben wesentliche Leistungen angeführt, dazu muss ich zwei Dinge sagen. Es stimmt, es wird das eine oder andere fertig gestellt, es wird die eine oder andere Arbeit erledigt. Erstens wissen wir aber, dass viele zukunftsweisende Themen nicht bearbeitet werden, wenn heute der Herr Landeshauptmann, das hat er mir nämlich gesagt für den Fall, dass – der Herr Kollege Straßberger hat

ja sofort das Gefühl gehabt, dass da Geheimgespräche stattfinden (*LTabg. Straßberger: „Nein, das war öffentlich!“*) – der Herr Landeshauptmann hat mir mitgeteilt, dass er ein Gespräch mit Magna hat. (*LTabg. Riebenbauer: „Unverständener Zwischenruf!“*)

Was hat man denn gemeinsam Tolles zusammengebracht in Bezug auf die Absicherung des Wirtschaftsstandortes in der Steiermark, was darüber hinausgeht, wenn es zum Beispiel einen gewaltigen Crash in der Automobilindustrie gibt? Meine Damen und Herren, ich sehe es nicht! Was hat man Zukunftsweisendes in Energiefragen zusammengebracht bis jetzt? Ich sehe es nicht. Also ich täte sagen, dass die Landesregierung das Eine oder Andere fertig stellt. Das erwarte ich mir aber auch, ja! Dafür sind die Personen ja auch dort, sitzen auf diesen Sesseln und werden dafür bezahlt. Es gibt nicht gar soviel, auf was man besonders stolz sein muss. Und Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie dann hergehen und grüne Vorschläge und Initiativen für sich vereinbaren, so hätten Sie es erfunden, wer hat es erfunden? Ja, wie in der Fernsehwerbung. Wer hat es erfunden? Wer hat die Abschaffung des Regress vor Jahren schon beantragt und immer wieder? Wer hat in seinem Programm seit Anfang die kostenlose Kinderbetreuung drinnen? Ich bin ja gar nicht so, ich vereinnahme es ja auch nicht für die Grünen. (*LTabg. Riebenbauer: „Nicht vielleicht!“*) Aber zu tun, als wäre es Ihnen eingefallen, als hätten Sie es erfunden, der sozialpolitische Geniestreich aus dem Nichts heraus, das ist einfach nicht in Ordnung. (*Beifall bei den Grünen und KPÖ - LHStv. Schützenhöfer: „Ich bin einverstanden was Sie sagen. Ich gebe Ihnen Recht. Ich bin einverstanden mit dem, was Sie sagen. Aber dann ist es jedenfalls kein Ausdruck einer Blockade, dass wir das gemeinsam geschafft haben!“*)

Okay, Sie haben das gemeinsam geschafft, es war nicht Ausdruck der Blockade. Es sei mir aber gestattet, eine kleine Anfügung zu machen. Vielleicht war es doch unter dem Eindruck der sich nähernden Wahlen. Wurscht! Das Ergebnis ist in Ordnung. (*Beifall bei den Grünen und KPÖ*)

Ich bin sehr froh, dass es dazu gekommen ist. Schließlich haben wir uns ja schon lange darauf (*LTabg. Straßberger: „Immer nur schlecht machen. Es ist ein Wahnsinn. Man kann Ihnen nichts recht machen!“*) Ja, wir sind sehr kritisch. Herr Kollege Straßberger, man kann uns schon was recht machen, zum Beispiel wenn man jetzt was unternimmt, dass die Steiermark energieautonom wird. Da bin ich eine Kämpferin dafür. Da könnten wir super gut zusammenarbeiten, wenn Sie sich einmal durchringen.

Aber ich möchte zum dritten Punkt kommen. Wie schaut denn das aus mit dem persönlichen Handschlag? Also mich stört das immer enorm, wenn so argumentiert wird, da sitzen zwei Leute an der Spitze und die können nicht miteinander. Na, super, denke ich mir. Also aus meiner Vergangenheit vor der Politik als Angestellte, wenn ich mich so verhalten hätte, hätte ich meinen Job in kürzester Zeit verloren. Alle möglichen Leute in der Steiermark, die berufstätig sind, einen Job haben, da sitzen ja viele herinnen, die auch wissen, wie es im Alltag in der Wirtschaft, in den Betrieben aussieht, so was kann man sich dort einfach nicht leisten, weil die Arbeit zu tun ist. Natürlich kann man nicht erwarten und natürlich ist es unangenehm, wenn man schlecht miteinander kann und wenn man sich

unsympathisch ist. Freilich ist das ein Problem. Aber darf so eine Situation darin münden, dass da vorwiegend gestritten wird und vieles, was wichtig wäre für das Land, liegen bleibt? Ich sage nein! Und deswegen ist es mir eine Reduktion auf den Sympathiewert oder auf das atmosphärische Miteinanderkönnen von zwei Leuten einfach eine unprofessionelle Zugangsweise zu etwas, was hochgradig bedeutsam ist für Millionen von Menschen. Das kann doch bitte nicht Ihre Antwort sein.

Und da bin ich beim nächsten Punkt. Auf Bundesebene haben wir die Wahl. Da könnten wir sogar solche Leute, die Parteien vertreten, rauswählen, runterwählen von der Regierungsbank, sagen wir es einmal so. In der Steiermark ist das nicht möglich. Es kann sein, wenn wir morgen wählen, dass die gleichen handelnden Personen wieder auf der Regierungsbank sitzen, einfach weil sie von ihren Parteien nominiert wurden und wir haben die gleiche Situation wieder. (*LTA*bg. *Straßberger*: „*Vor der eigenen Türe kehren!*“) Ja, das ist die Lage! Summa summarum, ich habe eigentlich gehofft, Herr Landeshauptmannstellvertreter, ich habe nicht erwartet, dass Sie heute mit fliegenden Fahnen für die Proporzabschaffung eintreten, obwohl ich es schon hoffe. Ich habe heute schon einmal gesagt, ich bin Optimistin. Das ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundausstattung einer Politikerin in der Steiermark, noch dazu auf der Oppositionsbank. Auf das kann man gar nicht verzichten. Aber ich hätte mir zumindest erhofft, dass Sie sagen, das eine oder andere Ja, das habe ich auch beigetragen oder das haben wir auch nicht gutgemacht in Bezug auf die Zusammenarbeit.

Sie haben etwas gesagt, was ich ehrlich gestanden wie einen Kalenderspruch empfinde. Es wäre unfair, die Schuld nur beim anderen zu suchen. Ja, da wird da herinnen keiner nein sagen. Dann wäre es interessant geworden und dann waren Sie mit dem Punkt schon wieder fertig. Ich glaube, das Geheimnis des Erfolges ist, dass man Kritik austeilen kann. Das ist in der Politik was ganz Wesentliches. Das macht für Sie vorwiegend Ihr Klubobmann Christopher Drexler. Aber es ist auch ganz wichtig, dass man Kritik einstecken kann. Und das Allertollste ist, wenn man mit der Kritik zu arbeiten beginnt und etwas auch einsieht und sein Verhalten ändern kann. Das ist das Allertollste. Und jeder, der das kann und jede, ob in der Politik oder außerhalb, hat meine großen Respekt. Das habe ich heute leider nicht gesehen und das tut mir persönlich sehr leid, weil ich mir denke, ich habe schon die Hoffnung, nachdem Sie so viel appellieren, dass Streit und Hader jetzt abgewählt worden sind, habe ich schon ein bisschen die Hoffnung gehabt, dass das, was Sie von sich selber sagen, nämlich wir lernen aus dieser Situation, auch tatsächlich eintritt. Aber dazu gehört, dass man nicht nur den Balken im Auge des anderen sieht, sondern auch den Splitter im eigenen. Ich bin jetzt eh freundlich gewesen, normalerweise wäre es verkehrt herum. Danke!

(Beifall bei den Grünen – 12.15 Uhr)

Präsidentin Beutl: Ich danke der Frau Klubobfrau und darf als nächstem Redner dem Herrn Klubobmann Kröpfl das Wort erteilen. Bitte, Herr Klubobmann.

LTabg. Kröpfl (12.15 Uhr): Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren im Zuschauerraum! Ja, Proporzabschaffung, ein Thema, das uns natürlich sehr lange schon begleitet, in der vergangenen Periode begleitet hat (LTabg. Straßberger: „Nicht in der vergangenen Periode, Jahrzehntelang!“) und am Beginn dieser Periode wieder begleitet hat und bis zum heutigen Tag und es wird wahrscheinlich auch noch länger ein Thema sein in diesem Land.

Weil Du gesagt hast, wir waren dagegen, das stimmt. Wir waren in der vergangenen Periode deswegen dagegen, weil damals, das habe ich auch schon einige Male in diesem Hause referiert, weil damals der Vorschlag der ÖVP war, in der Regierung den Proporz abzuschaffen, aber beim Landtag ändern wir nichts. Da lassen wir es so, wie es ist, und da haben wir gesagt: Nein. Weil wenn wir eine Proporzregierung abschaffen, dann müssen wir die Rechte des Landtages stärken und genau das ist Inhalt unseres Antrages, den wir gemeinsam mit der grünen Fraktion und der KPÖ auch in diesem Haus eingebracht haben. Aber wo wir leider keine Verfassungsmehrheit bekommen haben. Das ist ja alles bekannt, das brauche ich ja nicht besonders ausführen. Aber ich habe beim Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer sehr aufmerksam zugehört und da sind mir ein paar Dinge aufgefallen. Erstens einmal, Du hast zwar gesagt man kann Bund und Land hier nicht vergleichen, aber ich vergleiche das trotzdem, dass die SPÖ im Bund und die SPÖ im Land und die ÖVP im Bund und die ÖVP im Land. Im Bund ist es anscheinend eine Katastrophe wenn die zwei zusammenarbeiten würden. Unter völlig neuen Voraussetzungen und einem neuen Programm und unter vielleicht, wie man ja jetzt sieht unter neuen handelnden Personen, wobei ich beim Verhandlungsteam der ÖVP nicht viel neue Gesichter gesehen habe. Da sind wieder die Schlüsselvertrauten vorrangig drinnen. Da werden wir ja sehen, was da heraus kommt, aber dann werden wir ja sehen ... (Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Aber der List ist eine Innovation!“)

Aber der List ist aber einer von allen. Und dann zeig mir von euch eine Erneuerung, das ist der Pröll. Sonst habt ihr lauter gleiche drinnen. (Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Wenn von den anderen kennst Du nicht von den jungen Tagen?“) Ich zähle mich noch zu den jungen (Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder: „Ach so!“) und wenn ich Dich jetzt anschau, da sind ja noch da drinnen auch jüngere mit 30 und 40 Jahren. Musst Du das genau anschauen. Und bei euch sitzt der Neugebauer drinnen. Das ist unbedingt eine Erneuerung, oder? Aber wir müssen ja jetzt nicht darüber diskutieren, wer da drinnen sitzt, aber nur so viel zu dem Thema. Aber im Land scheint das doch so zu sein und dieser Eindruck, der verfestigt sich bei mir immer stärker, dass es darum geht, den pragmatisierten Regierungssitz, den man hat, wenn man eine bestimmte Stärke hat, den zu verteidigen und zwar mit allen Mitteln. Und dann noch Deine Aussage dazu, ja es hängt immer von den handelnden Personen ab. Ja, da haben wir handelnde Personen gehabt, anscheinend auch im Bund, die nicht miteinander können haben. Es mag schon sein, dass Molterer und Gusenbauer nicht weiß Gott wie miteinander

kommuniziert haben, das kann schon sein. Und wir haben auch gesehen, nach diesen 18 Monaten, und das war schon etwas, was die ÖVP dann so verunsichert hat, dass wir eine handelnde Person zumindest teilweise einmal ausgetauscht haben und wir hätten auch den Bundeskanzlerwechsel noch durchgeführt. Davor hat sich die ÖVP gefürchtet. Aber wenn ich Deinen Ausführungen folgen darf, dann wäre es ganz einfach gewesen, den Molterer auszutauschen, dort einen Neuen hinzusetzen, dann hätten wir uns die ganzen Neuwahlen anscheinend, nach Deinen Ausführungen, erspart. Das war nicht so der Fall. Und wenn ich das jetzt auf Landesebene herunter breche, dann ist das anscheinend auch so, dass hier Du mit dem Herrn Landeshauptmann nicht kannst. Wenn es an den Personen scheitert, ja vielleicht, der Herr Landeshauptmann wird die Konsequenzen nicht ziehen, weil der hat das große Vertrauen der Steirerinnen und Steirer bekommen. (*Beifall bei der SPÖ*) Der hat das große Vertrauen bekommen von den Steirerinnen und Steirern. Dann muss man sich vielleicht auf der anderen Seite etwas überlegen, verehrte Damen und Herren. Aber mir fällt ja noch etwas ein, warum ... (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Walter, ich mache Dich aufmerksam. Es kommt nichts Besseres nach. Sei froh, dass ich da bin.“ – Allgemeine Heiterkeit*) Hermann, wenn Du das da so locker sagst, kann ich dem gar nicht viel entgegen setzen. (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Wirst noch glücklich sein, das ich da bin!“*) Hermann, wenn Du das da so locker sagst, ja, eine Position ist ja nicht besetzt momentan, und dann gibt es noch andere, die da sich schon rangeln darum, gebe ich Dir gar nicht unrecht. (*Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer: „Unverständener Zwischenruf!“*) ja, ich habe schon gemerkt und wenn ich mir die alle vor meinem geistigen Auge anschau, dann denke ich mir, Unrecht hast Du nicht. Ist ganz gut, aber wenn Du das sagst, ist das natürlich angenehmer als wenn ich das hätte sagen müssen. (*Beifall bei der SPÖ*) Also, ich denke mir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, (*LTabg. Hamedl: „Bei Dir kam auch nichts besseres nach!“*) Bitte. (*LTabg. Hamedl: „Bei Dir kam auch nichts besseres nach!“*) Das weißt Du ja nicht. Die nächsten Wahlen stehen ja noch nicht vor der Tür. Also, eine zeitlang werdet Ihr mit mir noch leben müssen und was nach den nächsten Wahlen ist, wenn die Karten neu gemischt sind, dann sind sie neu gemischt. Wer weiß, wer überhaupt noch in diesen Reihen sitzt auf eurer Seite, auf unserer Seite. Du, ich bin ja kein Kaffeesudleser, also lassen wir das Thema. Aber zum Thema Proporz zurück, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin da ganz bei der Kollegin Lechner-Sonnek. Wenn wir wirklich in der Steiermark zu einem neuen politischen Stil kommen wollen, dann brauchen wir eine Konsequenz daraus. Und diese Konsequenz heißt für mich „Abschaffung des Proporz“. Dann muss ein wirkliches Arbeitsprogramm her, dann muss ein Regierungsprogramm her, an das sich beide Partner oder drei Partner binden müssen, dann kann in diesem Land zumindest fünf Jahre ohne Blockade, ohne Verhinderung, ohne Vernaderung gearbeitet werden. Das ist anscheinend nicht der Wunsch der ÖVP. Deswegen beharrt sie auf dem Proporz. Und daher sagen wir, wenn wir was verändern wollen im politischen System, dann müssen wir diesen Proporz abschaffen bei der gleichzeitigen Stärkung der Minderheitenrechte. Das war immer unser Anliegen und das wird unser

Anliegen bleiben. Aber anscheinend hat die ÖVP zu ihrer eigenen Kraft kein Vertrauen mehr, weil wenn Ihr den Mut hättet oder wenn Ihr überzeugt davon wäret, dass Ihr bei der nächsten Wahl wieder die Nr.: 1 werdet in der Steiermark, dann verstehe ich eure Angst nicht. Aber anscheinend seid Ihr nicht überzeugt, weil Ihr schon damit spekuliert, wieder Zweiter zu werden und die letzten Wahlergebnisse haben euch ja auch gezeigt, dass das nicht so sein wird, dass Ihr da vorne liegt. Weil auf Bundesebene habt Ihr euch ja auch ganz was anderes erwartet, als dann eingefahren wurde, und auf Landesebene seht Ihr momentan keine Chance, dass Ihr die Nr. 1 übernehmen könnt und deswegen beharrt Ihr auf den Proporz. So einfach ist das Spiel. So einfach ist euer Denken. Statt für das Land zu denken, statt daran zu denken, dass wir in diesem Land was weiterbringen müssen, dass wir miteinander arbeiten müssen, denkt Ihr in erster Linie an die ÖVP, an eure Partei und das tut diesem Land nicht gut und deswegen werden wir nicht aufhören darauf zu drängen, dass dieser Proporz, so wie er derzeit in der Steiermark besteht, in Zukunft abgeschafft wird.

(Beifall bei der SPÖ – 12.23 Uhr)

Präsidentin Beutl: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt. Die Einladung zur nächsten Sitzung des Landestages Steiermark erfolgt schriftlich, d.h., auf elektronischem Weg.

Die Sitzung ist beendet. Ich wünsche eine gute Heimfahrt.

Ende der Sitzung: 12.23 Uhr